

SPERRE

Münsters Monatsmagazin für Arbeit und Soziales
März 2002



SEITE 6:

Nicht weit vom Schuß.
Die INDRO-Drogenhilfe am Bremer Platz.



■ ■ ■ 2

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wie so viele schöne Worte kommt auch der besonders schöne Begriff 'Minister' aus dem Lateinischen: 'ministrare' heißt 'dienen'. Und in der Tat sind wir von dem, was 'unsere' Minister letzthin so abgeliefert haben, bedient. Minister Schily zum Beispiel ist gerade dabei, den Bundesnachrichtendienst mit hochkarätigen NPD-Funktionären zu infiltrieren. Oder war es umgekehrt? Wer weiß das schon? Minister Scharping jedenfalls weiß angeblich nicht, wohin genau seine Elitesoldaten gerade von deutschem Boden ausgeflogen sind. Stattdessen ordert er, hinter'm Rücken des Deutschen Bundestages mit ungedeckten Schecks wedelnd, mal eben 73 schicke Transportflugzeuge für sich und seine Jungs. Also, mich wundert das nicht wirklich: Wo er doch pausenlos auf seine aparte Gräfin fliegt, kann so eine Flugbereitschaft schließlich nicht groß genug sein.

Minister Müller vertraut der BILD-Zeitung (wem auch sonst?) seine Geheimformel (ach, wäre sie doch geheim geblieben ...) gegen die hohe Arbeitslosigkeit an: Wenn nämlich bei uns genausoviele Menschen in den Gefängnissen saßen wie in den USA, dann - so hat er mit spitzem Bleistift ausgerechnet - wäre unsere Arbeitslosenquote um erfreuliche 1,5 Prozent niedriger als sie unerfreulicherweise nun mal ist. Mein Vorschlag: Macht doch endlich die Arbeitslosigkeit zum Straftatbestand! So fährt ihr die Quote ruckzuck gegen Null und schafft zudem jede Menge zukunftssichere Arbeitsplätze im Strafvollzug ...

Minister Riester hat jüngst mal wieder allen Personalmanagern vorgeführt, wie man seine Mitarbeiter aufbaut: Unerschrocken sprang er seinem wichtigsten Beamten, einem Behördenleiter namens Jagoda, zur Seite, als dieser sich - zwischen Himmel und Erde hangelnd - hoffnungslos in den dornigen Ranken des Statistikdschungels verheddert hatte. Einen Tick zu laut brüllend, schwang sich unser Minister an einer zufällig freien Vermittlungszahlenliane zum Ort des Entsetzens und schnippelte mit seiner eigens für solche Zwecke geschmiedeten Ränkemachete munter drauflos. Nun gut - daß Herr Jagoda unsanft auf den Dschungelboden plumpste, sobald die letzte Statistik-Ranke gekoppt war, hätte Tarzan Riester eigentlich vorhersehen können. Aber wie das eben so ist: Ein bißchen Schwund ist immer.

Und nun auch noch das: Bei der tapferen und ganz in seinem Sinne gescheiterten Rettungsaktion hat sich der Minister selbst im undurchdringlichen Gestrüpp der Arbeitsmarktstatistik verfangen. Schon schlingen sich die ersten glibberigen Greifarme derjenigen Arbeitslosen um seinen Hals, die in Wahrheit gar nicht mehr arbeiten wollen. Von ganz tief unten schauen Herr Jagoda und all die anderen Arbeitslosen, die in Wahrheit sehr wohl arbeiten wollen, aber schon lange in keiner offiziellen Statistik mehr auftauchen, ohnmächtig zu. Schließlich wenden sie sich mit Grausen ...

Und der Boß der Genossen Minister, Kanzler Schröder himself? Der läßt sich schon mal medienwirksam in Halle-Ammendorf, einem Standort des Waggonherstellers 'Bombardier' einfliegen, um dort handstreichartig 700 Arbeitsplätze für gerettet zu erklären. Hinterher wird sich herausstellen, daß diese eigentlich gar nicht zur Disposition standen. Macht nix. Halle-Ammendorf liegt nämlich in Sachsen-Anhalt. Und Sachsen-Anhalt wählt demnächst einen neuen Landtag. Alles klar? Die Kolleginnen und Kollegen der Ammendorfer im seit Jahren schwarze Zahlen schreibenden 'Bombardier'-Werk Vetschau hatten da weniger Glück: Sie wurden vom Kanzler mit ruhiger Hand auf's Abstellgleis geschoben. Vetschau - Sie ahnen es schon - liegt nicht in Sachsen-Anhalt. Es liegt in Brandenburg. Ob in Brandenburg bald Wahlen sind? Dreimal dürfen Sie raten. Auch in Nordrhein-Westfalen wird dieses Jahr nicht gewählt. Schade, schade. Denn dann hätte man den Kanzler-Rettungshubschrauber vielleicht auch über dem heimischen Traditionswerk 'Osma' kreisen sehen. Aber was rege ich mich auf ...

Seit einiger Zeit schreibe ich übrigens Haikus. Ein Haiku ist ein traditionelles japanisches Gedicht, das sehr strengen Regeln unterliegt. Es besteht immer aus drei Versen: Der erste Vers hat fünf, der zweite sieben, der dritte wieder fünf Silben. Versuchen Sie es doch selbst einmal. Nehmen Sie sich einen interessanten Gegenstand, einen schönen Moment oder auch einen, der sie traurig gemacht hat, und fassen Sie ihn in siebzehn Silben. Sie werden sehen: Das lenkt die Sinne auf den Kern der Dinge. Auf's Wesentliche eben. Und meist wird so auch klarer, was zu tun ist. Wenn Sie uns Ihre Haikus schicken, veröffentlichen wir den einen oder anderen. Versprochen!

In diesem Sinne: viel Spaß beim Lesen der SPERRE! Und beim Dichten. Und natürlich bei allem, was Sie tun und tun wollen ...

Michael Weist
Michael Weist

SEITE

- 4 **ZUM LEBEN ZU WENIG**
Arbeitsamt und Arbeitsmarkt in der Krise
Bewerbungskosten vom Arbeitsamt
Arbeitslosenhilfe
- 6 **VOR ORT**
Nicht weit vom Schuß.
- 9 **'FREIZEIT'**
Arbeiten ist schön.
SPERRE-Fotokurs
- 10 **DIESE JUGEND!**
Jugend in Bewegung
- 12 **EINSPRUCH - STATTGEBEN**
Alles, was Recht ist, und Anwalttip
- 14 **INTERVIEW**
Der neue Vorsitzende der DGB-Region Münsterland, Bernhard Tenhofen,
auf der SPERRE-Couch.
- 18 **UNSER GLOBUS**
Argentinien: am Horizont kein Silberstreif!
- 20 **NOCH EIN INTERVIEW**
Arbeitsamtsdirektor Wolf-Rüdiger Schwedhelm zur Lage im Arbeitsamt
- 22 **FRAUEN**
Binationale Ehen in Deutschland
- 23 **GEMEINSAM**
Arme Socken!

IMPRESSUM

Herausgeber:
Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e.V.
Achtermannstr. 7, 48143 Münster

Telefon: (02 51) 51 11 21
Telefax: (02 51) 4 79 14
E-Mail: sperre@muenster.de
abm@muenster.de
Internet: www.muenster.org/sperre

Redaktion:
Hans Dieter Hunscher (hdh),
Heiner König (hk), Ralf Tieck (tie),
Arnold Voskamp (avo),
Michael Weist (mic, v.i.S.d.P.)

Mitarbeit:
Wilhelm Achelpöhler, Arne Neugebauer,
Stefan Rißmann (sr), Uli Wieners

Design, Layout, Satz:
Ralf Vassholz, Michael Weist,
Stefan Rißmann

Titel:
Ralf Vassholz (Gestaltung),
Heiner König (Foto)

Web-Design: Stefan Rißmann

Anzeigen, Spenden:
Michael Weist

Bankverbindung/Spendenkonto:
Sperkasse Münster
BLZ 400 501 50, Kto. 4011797

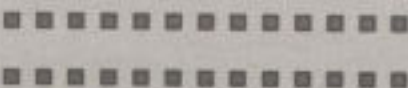
Produktionsberatung:
Navigator Ateliergemeinschaft Ulrich Ruhe
Druck:
Druckhaus Lensing

Auflage: 4.000
Bezug: per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement,
Verteilung: kostenfrei an Auslagestellen im
Innenstadtdistrikt Münsters (neue
Interessentinnen wenden sich bitte an
den Herausgeber)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung der Redak-
tion wieder.

Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge
liegt bei den Autorinnen und Autoren.
Jedwede Nutzung, auch auszugsweiser
Nachdruck, bedarf der Genehmigung.
Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen
uns über jede Zuschrift. Anonyme
Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das
Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe (April 2002):
12. April 2002
Redaktionsschluß: 22. März 2002
Anzeigenredaktionsschluß: 27. März 2002



Rosta
BUCHLADEN
Aegidiistr. 12, 48143 Münster,
Tel.: 02 51/4 49 26

KAI Kinderhauser
Arbeitslosen
Initiative e.V.

Beratung und Begleitung von
Arbeitslosen und ihren Angehörigen

Ansprechpartnerin: Angela Urbanec

dienstags 8.30 bis 12 Uhr
mittwochs 14.30 bis 17 Uhr
donnerstags 9.30 bis 11.30 Uhr
und nach Vereinbarung

☎ 26 36 89
☎ 26 52 96 07
Josef-Beckmann-Str. 5
48159 Münster

KAI e.V. ist eine gemeinnützige Initiative im Stadtteil Kinderhaus, die umfassende soziale Begleitung und Beratung anbietet und dabei eng mit anderen Einrichtungen zusammenarbeitet.

Lebenswert:
Montagsmorgenslächeln

jetzt, die Zugabezusatz der Norddeutschen Zeitung, enthält jeden Montag gute Geschichten.
Über das Leben und den Alltag, Pop und Politik, Mode, Reisen und das Internet.

Mit dem 52-jährigen wird selbst der Montag lebenswert. Denn
kannst du nicht dein persönliches jetzt zu dir nach Dazun. Möglich
verpönet in eine Norddeutsche Zeitung. Für nur 4 Euro im Monat.
Bestell bestellst unter 030/2030111 oder www.jetzt.de

jetzt:

Nicht nur das Arbeitsamt steckt in der Krise. Der Arbeitsmarkt ist mit dabei!

Oft genug haben wir uns daran abgearbeitet, wenn aus irgendeiner politischen Ecke die Erwerbslosen für schuldig erklärt wurden an der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Und von diesen Anwürfen gab und gibt es genug: Die sind doch selber schuld! Oder: Wer arbeiten will, findet auch Arbeit!

Aber diese Vorhaltungen an die Arbeitslosen scheinen nicht mehr zu reichen. Zu viele Betriebe reduzieren ihr Personal oder machen ganz dicht - da verlieren solche Sprüche ihren Reiz. Jetzt sind die Arbeitsämter dran. Sie vermitteln zu wenig, sie veröffentlichen falsche Zahlen über die Ergebnisse ihrer Arbeit. Da mag überall was dran sein. Aber wer in dieser Situation von den Arbeitsämtern gloriose Zahlen erwartet oder sie andernfalls zusammenfallen will, will die Ursachen und das Ausmaß der Krise nicht sehen. Die Vorwürfe sind ein Versuch der Selbsttäuschung oder des hilflosen Trostes.

Mit der Arbeitslosigkeit kommt die Bundesrepublik nicht klar. Nach 20 Jahren Wiederaufbau bis zur Vollbeschäftigung gab es ein paar kurze Jahre des Wohlstands - allerdings mit deutlichen Zeichen der Krisenhaftigkeit der Wirtschaft. Seit 25 Jahren nun haben wir eine satte Strukturkrise, mit stabiler Massenarbeitslosigkeit und mit deutlichen Einschnitten ins Sozialsystem. Und es zeigt sich kein Silberstreif am Horizont ...

Nach jedem Abschwung pendelt sich die Erwerbslosigkeit auf höherem Niveau ein. Sie bleibt hoch trotz einer großen Zahl von Personen, die vorzeitig in die Rente geschickt werden, trotz einer großen stillen Reserve von erwerbsfähigen Familienfrauen und -männern, die gern arbeiten würden, und trotz etlicher junger Leute, die 'Ehrenrunden' durch das Ausbildungssystem drehen. Schon vor Jahren hofften Blüm und Kohl, daß der Arbeitsmarkt entlastet wird, weil geburtenstarke Jahrgänge in Rente gehen. Heute scheint es so, daß viele ältere Arbeitnehmer schon vorzeitig in Rente gegangen sind. 50 Prozent der Betriebe haben keine Beschäftigten über 50 Jahre mehr.

Da entlastet sich also erst mal gar nichts. Da gibt es keinen falschen Trost. Wir müssen den Rentnerberg und die Arbeitslosenschwemme aushalten. Wir müssen auch aushalten, daß viele von uns auf absehbare Zeit keine Normalarbeitsplätze finden, sondern mit befristeten Vertretungen, mit Honorarjobs, mit Leiharbeitsverträgen und mit kurzen oder langen Erwerbslücken durchs Leben gehen. Nicht nur für die glänzende Karriere, sondern auch für brüchige Lebensläufe braucht man Selbstbewußtsein und Stärke. Man braucht außerdem eine Überbrückung für Zeiten ohne Erwerbseinkommen, und dafür ist die Arbeitslosenversicherung da. Dafür sind die Arbeitsämter da.

Schluß also mit dem Verteufeln von Arbeitslosen. Und die Arbeitsämter mag man eines Tages abschaffen - aber nur dann, wenn neben der Lohnarbeit tragfähige Formen der Daseinsvorsorge gefunden sind.

avo

Bewerbungskosten vom Arbeitsamt

Bei aller Polemik um Vermittlungszahlen der Arbeitsämter oder um die Eigenbemühungen der Arbeitslosen: Es gibt auch das ganz normale Bewerbungsverhalten. Und wenn dem Arbeitsamt die Mittel nicht zu stark gekürzt werden, dann kann es das auch unterstützen. Bewerbungen sind jedesmal nur für eine Person erfolgreich, für alle Mitbewerber aber nicht. Bewerbungen machen Mühe. Dabei kann einem das Bewerbungszentrum helfen, das im Auftrag des Arbeitsamtes arbeitet. Und Bewerbungen kosten viel Geld: für Mappen, Kopien, Paßbilder. Denn die Unterlagen lassen sich manchmal nur ein einziges Mal verwenden: Sie kommen nicht wieder oder in einer solchen Form, daß sie nicht noch einmal zu gebrauchen sind. Bis 500 Mark oder heute 260 Euro Bewerbungskosten pro Jahr kann jedoch das Arbeitsamt erstatten.

Kann! Muß aber nicht. Kann heißt mehrerlei: Die Arbeitslose muß genau Bescheid wissen. Sie muß vor ihren Bewerbungen ausdrücklich beantragt haben, die Kosten erstattet zu bekommen. Sie darf im Antrag nicht erklärt haben, daß sie die Kosten selbst bezahlen kann. Sie muß die Quittungen alle paar Monate zur Erstattung beim Arbeitsamt einreichen. Sie muß zum Antrag einen Zusatzbogen ausfüllen, warum genau die Kosten ihre Leistungsfähigkeit überschreiten.

Für das Feststellen der Leistungsfähigkeit gibt es keine starre Regel, die Arbeitsvermittlerin hat einen großen Ermessensspielraum. Ist beispielsweise die Arbeitslosenunterstützung ungefähr so hoch wie der Sozialhilfebedarf, gebe es keine Schwierigkeiten. So jedenfalls die Aussage eines Arbeitsvermittlers. Ähnlich würde entschieden, wenn eine



Karin Piene
Rechtsanwältin

Tätigkeitsschwerpunkte

- Mietrecht
- Familienrecht
- Sozialhilferecht

Achtermannstr. 10-12 • 48143 Münster • Fon 0251-518595 • Fax 0251-40729

Arbeitslosenhilfe

Arbeitslose zwar eine höhere Arbeitslosenunterstützung, aber auch hohe Zahlungsverpflichtungen hat. Das muß man also aushandeln. Die Erfolgsaussichten sind nicht schlecht, denn es geht um vergleichsweise wenig Geld. Ein Rechtsstreit dagegen kostet das Arbeitsamt erheblich mehr. **Aber Achtung:** Wer Quittungen über entstandene Kosten erst ein Jahr später einreicht, von dem nimmt das Arbeitsamt schon mal an, daß er nicht auf die Erstattung angewiesen ist. Und es gibt eine letzte Voraussetzung für die Erstattung der Bewerbungskosten: Das Arbeitsamt muß auch liquide sein. Angesichts laufender Kürzungen kann es also schon mal knapp werden.

avo

Fotos: SPERRE



Wer wegen Vermögen oder wegen anderer Einkommen nicht bedürftig ist, bekommt keine Arbeitslosenhilfe. Die alten Vorschriften über Freibeträge von Vermögen gelten im wesentlichen nicht mehr. Wer sie mit Mühe verstanden hatte, darf sie seit dem 1. Januar 2002 getrost vergessen - und neue lernen. Das Arbeitsamt hat bisher noch kein neues Merkblatt zur Arbeitslosenhilfe. Wenn Sie also mit dem neuen Antragsformular ein Merkblatt zugeschickt bekommen, dann wird es veraltet sein. Vergessen Sie es. Es sei denn, es steht 2002 drauf.

Ein Erwerbsloser kann Arbeitslosenhilfe bekommen, wenn sein Vermögen nicht größer ist als 520 Euro oder 1.000 Mark pro vollendetem Lebensjahr. **Alles** Vermögen wird dabei zusammengerechnet - außer dem selbst bewohnten Wohnraum, dem Hausrat und dem Auto. Alle anderen Sonderregeln für besondere Vermögensteile sind aufgehoben worden. Wer mehr hat als 1.000 Mark pro Lebensjahr, erhält keine Arbeitslosenhilfe. Wer schon Arbeitslosenhilfe erhält, kann beim Verlängerungsantrag eine Überraschung erleben. Er wird möglicherweise nicht mehr als bedürftig eingestuft, weil einzelne Vermögen nun nicht mehr geschützt sind. Dann gibt's keine Arbeitslosenhilfe mehr. Wer viel Geld angelegt hatte, sollte schauen, ob die neue Freigrenze überschritten ist.

Es geht aber auch andersherum: Wer nach den alten Regeln als nicht bedürftig galt, kann nach neuem Recht Arbeitslosenhilfe erhalten. Da lohnt ein Antrag oder zumindest eine Beratung. Wer neben seinen Vermögenswerten Schulden hat, kann diese zurückzahlen und gilt dann möglicherweise als bedürftig, dann könnte er Arbeitslosenhilfe erhalten. Nicht nur Vermögen, auch laufendes Einkommen kann der Arbeitslosenhilfe entgegenstehen. Wenn der Partner oder die Arbeitslose selbst ein Einkommen bezieht, das auf die Arbeitslosenhilfe anzurechnen ist, sind neue Grenzen zu beachten.

Am Donnerstag, 21. März um 17.30 Uhr wird ein Referent des Arbeitsamtes die neuen Regelungen der Arbeitslosenhilfe und der Bedürftigkeit im *cuba* vorstellen.

avo

sic

Sozialhilfeberatung im *cuba*Achtermannstraße 10-12
48143 Münster Telefon 58856Beratungszeiten
Di.-Fr. 9-12 Uhr
Do. 15-17 UhrBeratung für Schwangere und Alleinerziehende
Do. 10-12 UhrSozialhilfe-Sorgentelefon
Mo. 15-17 Uhr Telefon 43544Michael Topp
Paul Demel
RechtsanwälteBahnhofstraße 5 · 48143 Münster
Telefon 0251/4 140505 · Fax 0251/4 140506

Alkohol, Cannabis, Heroin, Kokain, Zigaretten. Drogen von A bis Z. Die Konsumenten wiegeln ab: Der Stoff bedeutet mir mehr Lebensqualität! Dagegen spricht: Selbstmord auf Raten. Also müssen Drogen vom Staat verboten werden. Das Verbot gilt allerdings nicht für die Drogen A und Z. Der Konsum und Handel mit allen anderen Drogen steht dagegen unter Strafe. Die SPERRE war vor Ort im Drogenkontaktladen von INDRO e.V. und hat sich über die niedrigschwelligen Drogenhilfsangebote des Vereins schlaue gemacht.

Nicht weit

Im INDRO-Kontaktladen
am Bremer Platz

vom Schuß.

Frage: Kann ein Verbot des Gebrauchs und Handels von Drogen tatsächlich die Gesellschaft 'clean' machen? Dr. Wolfgang Schneider, Leiter vom INDRO-Kontaktladen für Drogengebraucher am Bremer Platz in Münster, hält dagegen: „Das grundsätzliche Problem lösen wir so nicht. Wir müssen lernen, mit dem Drogengebrauch zu leben!“ Das klingt fatalistisch, ist es aber in seinen Augen nicht, denn er versucht mit über zehn Mitarbeitern - darunter ein Arzt, mehrere erfahrene Sozialpädagogen und Honorarkräfte als Krankenpfleger oder Sanitäter sowie ehrenamtliche Mitarbeiter - die Drogenabhängigen sozusagen gesellschaftsfähig zu machen, sie vom Stigma der gesellschaftlichen Ächtung zu befreien. Die Gehälter für seine Mitarbeiter zahlt das Land NRW im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Ge-

sundheit und Soziales. Gelder für Sachmittel werden vom Land und aus Zuweisungen der Stadt Münster in Höhe von insgesamt rund 50.000 Mark pro

Jahr sowie aus Eigenmitteln (Beiträge und Spenden) zur Verfügung gestellt. Mit dieser festen finanziellen Grundlage kann INDRO e.V. existieren. Es gibt Konsumräume, in denen Drogenabhängige sich ihre Spritze setzen - Fachjargon „ballern“ - oder ihr Heroin auf Folie rauchen können. Das jedoch nur unter Beobachtung und Kontrolle des Arztes. Die Räume haben Glastüren. Insofern ist hier jeder Konsument ein ‚gläserner Patient‘.

Zehn Jahre hat es gedauert, bis INDRO anfangen konnte. Dr. Schneider erinnert an das erste Drogen-Hearing bei der Stadt 1991, wo der Antrag auf die Einrichtung eines legalen Drogenkonsumraumes gestellt wurde. Die Initiative war an der Uni Münster theoretisch in dem Drogenforschungsprojekt ‚Herauswachsen aus der Sucht. Kontrollierter Gebrauch illegaler Drogen und Selbstheilung‘ entstanden. Die Theorie sollte in die Praxis umgesetzt werden. „Wir waren der erste Konsumraum in der Bundesrepublik mit offizieller Betriebserlaubnis“, sagt Dr. Schneider. Möglich wurde dies mit der Einfügung des Paragraphen 10 a am 23. März 2000 in das Betäubungs-

mittelgesetzes (BMG), das die Einrichtung von Drogenräumen unter bestimmten Auflagen und Bedingungen erlaubt. So müssen monatlich Rechenschaftsberichte an das Ordnungsamt, die Staatsanwaltschaft und die Polizei sowie an die Gesundheitsbehörden abgeliefert werden. Das Land Nordrhein-Westfalen war der Vorreiter, der diesen Paragraphen nutzte. Hamburg folgte wenig später.

Einen wesentlichen Erfolg der Arbeit von und im INDRO sieht Wolfgang Schneider in der Verbesserung der gesundheitlichen Situation für die Drogenkonsumenten. Sie spritzen das Heroin unter hygienischen Bedingungen. Mit Hilfe von Ascorbinsäure und Wasser wird der Stoff aufgeköcht. Das gilt auch für alle anderen Utensilien, die zur Injektion benötigt und deshalb vorher sterilisiert werden. Schneider: „Der Konsument muß sich dafür draußen nicht mehr Wasser aus der Pfütze nehmen“.

An die 3.500 saubere Spritzen werden monatlich gegen gebrauchte im INDRO getauscht. Atemdepression, eine Art Koma, trete beim Süchtigen ein, wenn er eine Überdosis bekommen habe, weiß Schneider. Hier könne diesem sofort geholfen werden. Im vergangenen Jahr sei das fünfmal der Fall gewesen. Da sei es akut um Leben oder Tod gegangen. Erst habe der Arzt des INDRO ambulant behandelt. Dann mußte der Notarzt gerufen werden, der den Patienten ins Krankenhaus brachte. Schneider: „Wenn die draußen konsumiert hätten, wären sie mit Sicherheit gestorben.“



sundheit und Soziales. Gelder für Sachmittel werden vom Land und aus Zuweisungen der Stadt Münster in Höhe von insgesamt rund 50.000 Mark pro

sundheit und Soziales. Gelder für Sachmittel werden vom Land und aus Zuweisungen der Stadt Münster in Höhe von insgesamt rund 50.000 Mark pro

„ENTWEDER ALLE DROGEN LEGALISIEREN ODER ALLE VERBIETEN!“

Frage: „Was nimmst du?“ „Alles was gut tut! Ich bin ein Kiffer-Junkie,“ sagt der 39-jährige Tai spontan. Er macht keinen Hehl daraus, daß er seit Jahren passionierter Raucher ist: Marihuana. „Ostersonntag 1979 habe ich das erste Mal Hasch geraucht. Ich glaub', es war roter Libanon“, erinnert er sich.

„Da war ich das erste Mal richtig stoned!“ Wie kommt ein gelernter Energieanlagen-Elektroniker dazu, sich durch diese Droge unter Strom zu setzen? Anfangen hat alles, wie gesagt, Ende der siebziger Jahre. „Damals konsumierte meine Mutter immer mehr Alkohol“, sagt Tai. Der „Reiz des Verbotenen und Neugier“ habe ihn unter diesem Eindruck seitdem zu Haschisch und Marihuana geführt. Dann wurde er mit einem zehntel Gramm Heroin erwischt. Resultat: Festnahme, Verurteilung zu 1.000 Mark

Geldstrafe, drei Monate Haftstrafe auf Bewährung. Weitere Folgen: Job weg, Wohnung weg, keine müde Mark mehr in der Tasche.

Tai hatte sich „an die Leistungsgesellschaft angepaßt“: Hochschulreife, Fachhochschulreife, zwei Ausbildungsgänge. Alles erfolgreich. 1995 hatte Tai vergessen, sich umzumelden. Auch die letzte Rate von 200 Mark aus der Bewährungsstrafe hatte er nicht überwiesen. Folge: Widerruf der Bewährung, also doch Knast. Nach seiner Entlassung lernte Tai in Münster einen Deutsch-Holländer kennen, der ihn „in die Kunst des Marihuana-Anbaus einwies“, so Tai. Das war im Jahr 2000. „Ich war autark, nicht mehr von der Szene abhängig“, erklärt Tai. Doch er flog mit seiner Plantage auf, wurde angezeigt. Folge dieses „hochgradig professionellen Marihuana-Anbaus“, so im Gerichtsurteil: Zwei Jahre Bewährungsstrafe und 250 Stunden gemeinnützige Arbeit. „Davon muß ich jetzt noch hundert runterreißen“, bedauert Tai.

Wo sieht er seine Zukunft? „In Holland“, sagt Tai bestimmt. Da habe er schon einen Job in seinem Beruf so gut wie sicher. „Wenn nur die hundert Sozialstunden hier schon weg wären!“ Vorher kommt er nämlich aus Deutschland nicht raus. Das Nachbarland Holland aber auch deshalb - das sagt Tai unumwunden - weil dort die Drogenpolitik wesentlich liberaler sei. Er gibt ein Beispiel: „Wenn du dort Cannabis anpflanzt und erwischt wirst, dann nehmen sie dir die Pflanzen weg, und du wanderst zwölf Wochen in den Knast - auf Bewährung.“ Und: Vor ein paar Jahren habe es noch rund zweitausend Drogenteile in Deutschland gegeben, in Holland nur drei, davon zwei Deutsche. In Münster sei der Markt der Drogennutzer übersichtlich: „Am Aasee nur Marihuana, am Bahnhofs-Ostausgang Koks und Heroin.“

Die Einrichtungen des INDRO e.V. am Bremer Platz waren längst überfällig, meint Tai. Das sei mehr als nur eine Hilfe für die Abhängigen. Doch: „Man muß sich den eigenverantwortlichen Umgang mit Drogen selber beibringen!“ Manchmal sagt Tai zu sich selbst: „Jungel Mach mal wieder 'ne Pause! Ich brauche doch gar nicht die permanente Dröhnung!“ Abstinenzphasen nennt er das. Nach Meinung Tais müßten entweder alle Drogen verboten oder alle legalisiert werden. Er zählt dazu auch Alkohol, Tabak, selbst Kaffee wegen des Koffeins - eben sämtliche „Alltagsdrogen“. Und wieso verlängert er so eine Abstinenzphase nicht einfach bis ultimo? „Nee, das mache ich nicht, weil - na ja - ich fühle mich einfach wohler, wenn ich rauchen kann!“ hk

Draußen vor der INDRO-Tür, hundert Meter weiter weg auf dem Platz vor dem Ostausgang des Hauptbahnhofs und auf dem Bremer Platz, wachen Bundesgrenzschutz und Polizei über die Szene. „Die Grenze der Zuständigkeit verläuft genau auf Höhe der Telefonsäule“, merkt Schneider an. Klar, daß sich die Szene auf den Platz - ihren „Park“ - zurückzieht. „Wenn die Polizei den Verdacht hat, daß jemand Drogen dabei hat, müßte sie den eigentlich filzen“, meint Schneider. Doch sie tut es nicht. Denn, und Schneider zitiert die Polizei: „Wer zum INDRO geht, muß nicht unbedingt auch in den Konsumraum gehen.“

Ein Drogenabhängiger braucht rund achtzig Mark am Tag, um seinen Stoff kaufen zu können. Hier merkt Schneider an: „Es ist widersinnig: Um konsumieren zu können, muß ich Stoff besitzen, und um da ranzukommen, muß ich am Handel teilnehmen.“ Dies ist systemimmanent. Im INDRO wird Drogenhandel nicht geduldet. Wer dealt, fliegt raus! Das eigentliche Übel der harten Drogen liegt darin, daß sie ‚gepanscht‘ sind, gestreckt mit Koffein oder gestampften Tabletten, auch mit Milchpulver. Das mache die Abhängigen krank, denn es sei Ursache für Abszesse. Reines Heroin oder Kokain gibt es so gut wie nie; es wäre auch unbezahlbar. Schneider: „Mit nix kann man so viel Geld machen wie mit dem Drogenhandel!“ Weltweit würden, so Schneider, rund 300 Milliarden Euro hier umgesetzt.

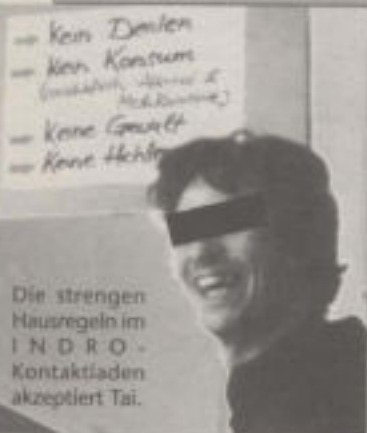
Die Zielsetzung von INDRO e.V. ist Programm: Überleben sichern, soziale Desintegration verhindern, längere Drogenkontrollphasen mit einem Substitut, beispielsweise Methadon, oder ohne ein solches ermöglichen. Auch: die Betroffenen herauslösen aus der Drogenszene und vor allem aus den Strukturen der Abhängigkeit. Das ist ein hehres Ziel, doch Schneider weiß auch um die Grenzen der Arbeit in der Drogentherapie: „Wir betreiben hier eigentlich nur Elendsverwaltung und Sozialkosmetik!“ Und er sagt



Das Angebot des INDRO-Drogenkonsumraumes bietet nicht nur Überlebenshilfe durch Risikominimierung. Es soll auch neue individuelle Lebensperspektiven mit oder ohne Drogen eröffnen.

klar, daß durch den Konsumraum die Szene nicht verschwunden ist und auch nie verschwinden wird, wie manch ein Außenstehender blauäugig vermuten mag.

Wer nimmt das vielfältige Angebot von INDRO - vom Spritzenaustausch und Konsumraum über die Cafeteria und die Beratung - in Anspruch? Fast achtzig Prozent der INDRO-Besucher sind zwischen 21 und 40 Jahre alt. Davon zwei Drittel Männer. Zum täglichen Spritzenaustausch kommen rund 95 Frauen und Männer ins INDRO. Etwa fünfzig nutzen den Konsumraum. Sechzig Personen besuchen regelmäßig das Café.



Die strengen Hausregeln im INDRO-Kontaktladen akzeptiert Tai.

- Kein Drogen
- Kein Konsum
- Keine Gewalt
- Keine Hehle

„Als einen „Mythos“ bezeichnet Drogenexperte Schneider die Ansicht, Haschisch sei eine Einstiegsdroge, die unweigerlich irgendwann zum Konsum härterer Drogen führe. „Wenn es stimmen würde, daß Cannabis eine Einstiegsdroge wäre, dann hätten wir es heute mit über zwei Millionen Heroinabhängigen zu tun.“ Seiner Schätzung nach steigen „höchstens vier Prozent auf härtere Drogen um“. Wolfgang Schneider plädiert allerdings nicht für eine Freigabe von Drogen jedweder Art. Es sollte aber „Abgabezentren überall dort geben, wo Heroin zu kaufen ist“. Auch der Arzt sollte eine Droge „normal verschreiben“ können, sodaß keiner mehr kriminell werden müsse. Die Drogen an sich würden niemals verschwinden. Und: „Es wird immer Menschen geben, die damit nicht umgehen können!“

Manch ein Drogenabhängiger hat sich freiwillig bereit-erklärt, einen Entzug zu machen. Mit mehr oder weniger großem Erfolg. INDRO-Leiter Wolfgang Schneider: „Von denen kehren rund achtzig Prozent wieder in die Szene zurück.“ Andere, so sagt der stellvertretende Leiter des INDRO, Sozialpädagoge Ralf Gerlach, hätten sich einer Langzeit-Therapie unterzogen. Das Ergebnis dieser sechsmonatigen Therapie: 65 Prozent der Teilnehmer brechen nach spätestens einem Vierteljahr ab, geben auf. Gerlach: „Bestenfalls zwanzig Prozent davon bleiben clean.“ Konkret in Zahlen ausgedrückt: Von zehn Leuten bleiben vier in der Maßnahme, und „nur einer wird gesundtherapiert.“ So mancher wird vom Richter vor die Wahl gestellt, entweder seine Strafe - nicht unter zwei Jahren - im Knast abzusetzen oder sich einer Therapie zu unterziehen.

Wolfgang Schneider bezeichnet die Arbeit im INDRO als „niederschwellig und akzeptanzorientierte Drogenarbeit.“

RINGELNATZ LÄSST GRÜSSEN!

Randnotizen von unserem Redaktionsmitglied Heiner König

Der Polizeipräsident von Münster, Hubert Wimber, bezeichnete in einem Zeitungsinterview die Situation der Polizei in Sachen Drogenszene am Ostausgang des münsterschen Hauptbahnhofs als ein „Dilemma“. Der von Amts wegen an demselben Strang ziehende Staatsanwalt Hans-Jochen Wagner als Vertreter einer auch strafverfolgenden Behörde entgegnete, ebenfalls in einem Zeitungsinterview, Polizeipräsident Wimber baue nur ein „Scheinproblem“ auf, um eine Forderung der Drogenfreigabe zu transportieren. Auf die Frage, ob er sich einer „bedingten Freigabe von Drogen“ anschließen könne, sagte Staatsanwalt Wagner schlicht: „Nein. Die Forderung ist nicht zu verstehen ... Sie ist nicht konsensfähig und kontraproduktiv. Es gäbe mehr Drogen auf dem Markt.“ Und der stillschweigend gebilligte Konsens zwischen der Polizei und den Betreibern des Drogen-Konsumraumes sei daher „eher akademisch“ anzusehen.

Hier irrt der Herr Staatsanwalt gewaltig. Drogengebrauch und Drogenhandel sind weiß Gott nicht theoretisch, akademisch. Beides spielt sich tagtäglich auf den Aasee-Wiesen und seit geraumer Zeit auch auf dem Bremer Platz ab. Das ist die ganz und gar unakademische Realität. Und die kann nicht gelehrt, erst recht nicht verboten werden.

Frei nach Ringelnatz: Es kann nicht sein, was nicht sein darf! Verbote von Staats wegen haben noch nie ein „Problem“ gelöst. Weder das Verbot und die Achtung der Terroristen heutzutage noch das Verbot der KPD in den Fünfzigern oder die Prohibition in den Vereinigten Staaten der Dreißiger Jahre. Nichts hat gefruchtet. Die Radix des an- und vorgeblichen Übels wurde nicht erreicht, geschweige denn gezogen und damit ein für allemal ausgerottet. Alle und alles tauchten unter anderem Namen wieder auf: die DKP, die Taliban, die Schwarzbrennerei ...

Quintessenz: Was denn tun? Ganz einfach: Dem Hasch die gleiche Stellung im Gebrauch und möglichen Mißbrauch zugestehen wie dem Alkohol und dem Tabak! Jeder ist seines (Un)Glückes Schmied! Wo bleiben nur die ewiggestrigen Liberalen, die genau dieses jedem vorgeblich zugestehen? Oder auch, sarkastisch ausgedrückt: Warum erhebt der Staat - also wir - nicht auch auf Cannabis schlicht ebensolche Steuern wie auf Alkohol und Tabak? Den Finanzminister und die jeweiligen Ressortminister würde es doch freuen - oder?

Vielleicht ist das des Pudels Kern, gar das Ei des Kolumbus. Wohl kaum jedoch der Untergang der abendländischen Moral.



Auch INDRO-Leiter Dr. Wolfgang Schneider weiß um die Bedeutung der strikten Hausregeln im Kontaktladen.

Darunter versteht er, Schädigungen, die sich aus dem Konsum illegalisierter Drogen in der offenen Drogenszene ergeben können, zu verhindern und Hilfen für das Überleben und das Bearbeiten von Problemen bereitzustellen.

Schneiders Forderung ist unmißverständlich: Die Drogenpolitik, davon ist er überzeugt, muß sich bundes- und landesweit grundlegend ändern! Und er wiederholt nochmals mit Nachdruck: „Wir müssen akzeptieren, daß Drogen auf der ganzen Welt nicht einfach wegzudenken sind. Die Indios zum Beispiel leben seit vielen Jahrhunderten mit ihrem Coca!“

Text und Fotos: hk



Nun lebt Balko Klattmor* seit acht Jahren in Deutschland. Er hat hier einen Gesellenbrief im Trockenbau gemacht und dann die letzten vier Jahre auf dem Bau gearbeitet. Nicht in einer Firma, nein: in etlichen. Balko hat nur befristete Stellen gefunden oder solche, wo er nach kurzer Zeit aus betrieblichen Gründen gehen mußte. Die Lage auf dem Bau ist schlecht, aber auch unangenehme Arbeitsbedingungen hat er nicht gescheut, deshalb war Balko bisher nicht viel arbeitslos.

Den letzten Job hat er sich über das Sis des Arbeitsamtes gesucht. Die Firma stellt ihn also ein - und kündigt ihm nach einem Monat gleich wieder, ohne ihm einen Lohn zu zahlen. Was ist passiert? Die Firma: „Nichtbefolgen von Anweisungen der Vorgesetzten, Beschimpfungen, mangelndes Ge-

schick, Veruntreuung von Geld!“ Ohne eine Stellungnahme von Balko zu berücksichtigen, nahm das Arbeitsamt dies für bare Münze und reichte Balko eine Sperrzeit rein. Er legt Widerspruch ein und klagt gleichzeitig gegen die Kündigung vor dem Arbeitsgericht. Balko: „Mit willkürlichen Begründungen schiebt man mir die Folgen von unternehmerischer Unfähigkeit und Fehlkalkulationen zu!“

Das Arbeitsgericht hat schnell zu seinen Gunsten entschieden. Den Lohn für den gearbeiteten Monat muß die Firma zahlen, ihre diesbezüglichen Aussagen ließen sich zerpfücken wie ein alter Blumenstrauß. Ein zweiter Monatslohn aber entgeht ihm, weil er die 3-Wochen-Frist des Kündigungsschutzgesetzes nicht wahrnahm und zu spät klagte. Der Widerspruch gegen die Sperrzeit ist erfolglos, das Ar-

beitsamt bleibt bei der Sichtweise der Firma, nimmt von Balko nichts an und die Kündigung als selbstverschuldet. Ihm geht also ein Monatslohn flöten, dazu hat er die Sperrzeit. Er klagt dagegen am Sozialgericht - aber das dauert.

Und um den Schierlingsbecher voll zu machen: Nun stellt die Firma einen Konkursantrag. Balko geht also auch der Lohn für den ersten Monat verloren. Er hat umsonst gearbeitet und als Lohn bleibt allein die Sperrzeit.

Balko erzählt von insgesamt 5 (fünf!) Fällen, in denen Betriebe ihn kurzfristig kündigten und ihm mit haarsträubenden Begründungen Lohn vorenthielten. Jedesmal mußte er mit rechtlichen Mitteln für seinen Lohn kämpfen. Und wenn er Pech hat, wie in diesem Fall, erklärt sich das Unternehmen für zahlungsunfähig.

Balko resümiert: „Wenn man jemanden für sich arbeiten läßt, dann sollte man doch vorhaben, daß man ihn auch bezahlt. Muß die konjunkturelle Situation zu einer Verrohung der Sitten am Arbeitsmarkt führen? Darf das Arbeitsamt einfach die Standards der Firmen übernehmen, ohne die Sicht des Arbeitnehmers hinreichend zu würdigen? Muß der Arbeitnehmer einen Bußgang durch die Rechtsgeographie antreten, wenn er auf seiner Unschuld besteht?“ Manchmal denkt Balko: Aber ja - schließlich sind die Zeiten hart. Und daß ein Unternehmen durch die Klage eines Arbeitnehmers auf Lohnzahlung in den Konkurs getrieben wird, das ist besonders hart. Nicht wahr? avo, 17

*Name von der Redaktion geändert

Fotokurs für Arbeitslose

Der Kurs wendet sich sowohl an Anfänger, die sich mit Fototechnik und Bildgestaltung beschäftigen wollen, als auch an Fotointeressierte, die ihre bisherigen Erfahrungen erweitern und mehr über bewußtes Sehen und Fotografieren lernen möchten. Am Anfang des Kurses wird der Umgang mit der Kamera und den dazugehörigen technischen Fein- und Gemeinheiten kurz besprochen. Dann heißt es: die Kamera nehmen und einfach ausprobieren! Anhand der von den Teilnehmern auf den Exkursionen fotografierten Farbdias sollen das Grund-Einmaleins der Fototechnik, insbesondere aber Bildgestal-

Veranstalter: Arbeitslosenzentrum, Achtermannstr.7, Münster

tung und Kompositionsregeln (und warum man sie brechen soll) besprochen werden. Der Schwerpunkt des Kurses liegt auf den Fragen der Wahrnehmung beim Fotografieren: Wie mache ich ein gutes Bild? Was geht dabei nicht nur in der Kamera, sondern auch im Kopf vor? Wie kann man oft so faszinierende Eindrücke tatsächlich auf ein Foto bannen, ohne daß einem das Auge mal wieder einen Streich spielt? (Und welche Tips und Tricks lassen sich dabei anwenden?) Voraussetzung für die Teilnahme am Kurs ist Lust, sich näher mit dem Fotografieren zu beschäftigen. Sehr vorteilhaft wäre eine eigene Spiegelreflexkamera.



Der Kurs findet statt vom 23. April bis 25. Juni, jeden Dienstag ab 19.30. Treffpunkt: cuba-Foyer. Der Beitrag beträgt 10 Euro. Die Teilnehmerzahl ist auf 10 Personen begrenzt. Bitte bringt eure Kamera mit! Anmeldung: SPERRE, AbM e.V., Achtermannstr. 7, Münster, Tel: 0251 / 51 11 21

JIB und JAZ - neue Tanzstile des Modern Dance? Keineswegs. Es sind Kürzel für ‚Jugend-Information-Beratung‘ und ‚Jugend-Ausbildungs-Zentrum‘. Was sich hinter diesen Begriffen verbirgt, will die SPERRE hier mit Interviews und Reportagen erhellen.

JUGEND IN BEWEGUNG

Die Qualifizierung junger Menschen im Handwerk ist das zentrale Anliegen des Jugend-Ausbildungs-Zentrums (JAZ) an der Kinderhauser Straße in Münster. Georg Beike, Geschäftsführer des JAZ, nennt die Arbeitsfelder: Hauswirtschaft, Damenschneiderei und Zweiradmechanik. Die Ausbildung dauert jeweils drei Jahre. Am Ende steht die Gesellenprüfung, die die Handwerkskammer abnimmt - genau wie in einem Betrieb ‚draußen‘. Georg Beike definiert: „Früher hieß das überbetriebliche, heute außerbetriebliche Ausbildung.“

Zur Zeit absolvieren zwölf Mädchen ihre Ausbildung als Hauswirtschaftlerinnen, und sechs lernen in der Damenschneiderei. Zwölf junge Leute arbeiten in der Fahrrad-Werkstatt.

Die Handwerke sind nicht geschlechtsspezifisch. „In der Fahrrad-Werkstatt sind jedes Jahr auch zwei, drei Mädchen dabei“, erläutert Beike. Und in der Schneiderei ist auch ein Junge. „Sein Vater hat eine Änderungsschneiderei und wollte, daß sein Sohn das Handwerk von der Pike auf lernt“, merkt Beike an.

Die Jugendlichen sind hier im JAZ, weil sie nirgends sonst einen Ausbildungsplatz bekommen haben. Beike: „Die kommen ja deshalb zu uns, weil sie Lernschwächen haben und draußen keinen Ausbildungsplatz finden.“ Ver-

mittelt werden sie vom Jugendamt, Sozialamt oder Arbeitsamt. Auch ratlose Eltern sprechen vor. Die Lernschwächen resultieren aus Problemen im Elternhaus, der Schule oder weil die Jugendlichen schlicht orientierungslos sind, wie Beike erläutert. Dem trägt das JAZ Rechnung. „Die Ausbildung wird von einem Meister, einer Stütz-Lehrerin und einem Sozialpädagogen begleitet. Das kann ein betrieblicher Ausbildungsplatz nicht leisten.“ Doch noch mehr hat

das JAZ zu bieten: Das Projekt ‚Arbeiten und Lernen‘ ermöglicht den nachträglichen Hauptschulabschluß. Die Beratungsstellen ACHSE und ‚VoNa‘ helfen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben, spezielle Lehrgänge geben praktische Entscheidungshilfen bei der Wahl des Berufes. So arbeitet das JAZ auch mit dem Jib zusammen. Etwa siebzig bis achtzig Jugendliche zwischen sechzehn und achtzehn Jahren besuchen derzeit die verschiedenen Ausbildungslehrgänge und Schulangebote. Neuestes Ausbildungsfeld: Garten- und Landschaftsbau.

Träger des 1982 gegründeten JAZ ist der ‚Katholische Verein für soziale Dienste e.V. Münster‘. Im alten JAZ-Haus in der Friedenstraße sind die Hauswirtschaft mit dem Cafe Riviera, die ACHSE und das ‚Betreute Wohnen‘ verblieben. Der Neubau an der Kinderhauser Straße 112 könnte nach Meinung Georg Beikes durchaus schon wieder erweitert werden. Der Bedarf bestehe-

trägt der 1982 gegründeten JAZ ist der ‚Katholische Verein für soziale Dienste e.V. Münster‘. Im alten JAZ-Haus in der Friedenstraße sind die Hauswirtschaft mit dem Cafe Riviera, die ACHSE und das ‚Betreute Wohnen‘ verblieben. Der Neubau an der Kinderhauser Straße 112 könnte nach Meinung Georg Beikes durchaus schon wieder erweitert werden. Der Bedarf bestehe-

Kontakt:

Kinderhauser Straße 112
48147 Münster
Fon: 0251 - 609 - 440
Fax: 0251 - 609 - 44 11
Mail: jaz@muenster.de

JAZ



Konzentration ist angesagt:
Die eine näht die Näht,
Der andere dreht am Rad.

Ein guter Tip: das JIB. Für alle Leute zwischen sechzehn und siebenundzwanzig Jahren, die partout keine Arbeit finden und dafür keine Erklärung haben. Fachleute im JIB an der Hafestraße 34 in Münster können womöglich eine Antwort geben: Ist das Bewerbungsschreiben auch richtig, vollständig und im zeitgemäßen Stil abgefaßt?

Jugend online hilft. Das ist eines von sieben Angeboten des JIB. Leiterin Birgit Herdes: „Viele tun sich unglaublich schwer damit, eine Bewerbung zu schreiben, weil sie es schlicht und ergreifend nicht gelernt haben.“ JIB steht für ‚Jugend-Information-Beratung‘. Birgit Herdes erläutert: „Wir sind mit *Jugend online* so etwas wie die Brückenfunktion zur Berufsberatung des Arbeitsamtes. Hier im JIB haben die jungen Leute einen ganz unkomplizierten Zugang, ohne Terminabsprache und außerdem für die Ratsuchenden kostenlos.“

Jugend online ist das jüngste Projekt im JIB. Es bietet Qualifikationen im Bereich neuer Medien. Dabei sei die Arbeit mit dem Computer gleichzeitig Schulung für Kenntnisse, die später im Beruf abverlangt würden, so Herdes: „Intern nennen wir uns schon mal ‚Jugend in Bewegung‘“, merkt sie schmunzelnd an. Die Bezeichnung ist treffend. Wer durch die Räume des ehemaligen Fabrikgebäudes schlendert, der trifft überall Menschen in Bewegung an: in den Werkstätten, im Theater-Probenraum, im Cafe Gleis 22 und selbst im Internet-Raum mit seinen sieben Computern. Dort sind Hände in Bewegung, die den Mäusen per Klick das Surfen im Internet beibringen.

Angefangen hat alles 1974 mit ‚Information und Beratung‘ für Jugendliche in der Herwardtstraße. 1983 zog JIB in die Hafestraße. Die Grundlogen für JIB schufen münstersche Jugendorganisationen, das Jugendamt und die politischen Parteien. Diese beschlossen damals nämlich ein umfassendes Konzept für die Arbeit und Zielsetzung des JIB.



Konzentration ist angesagt:
Wer sich bewerben will, braucht Pläne.
Wo gehobelt wird, fallen Späne.



Der „Lebensnerv“ des ganzen Betriebes im Haus ist das Cafe Gleis 22. Da gibt es selbstgekochten Mittagstisch, Kaffee, Zeitungen und zwei Internet-Computer. 56.000 Besucher strömten im vergangenen Jahr ins Gleis 22. Zu Mittag essen dort Arbeitslose, Schüler, Studenten oder Kursteilnehmer des JIB. Auf Gleis 22 werden aber auch noch jede Menge andere gute Sachen in Gang gesetzt. Im vergangenen Jahr starteten 126 Parties und 75 Konzerte. Um die Veranstaltungen kümmern sich eigenverantwortlich sechs bis zehn Jugendliche. Die Theater-Leute proben hier. Die Aufführungen sind zumeist im Pumpenhaus, da im Gleis nicht genügend Platz für Zuschauer und Akteure auf der Bühne ist.

Kernstück des JIB: die Werkstätten *Factory*. Hier arbeiten die Jugendlichen mit Holz oder Metall. Sie reparieren Fahrräder, fotografieren und haben sogar ein eigenes Atelier zur Verfügung. „Das JIB erhebt den Anspruch, Erfahrungsräume zu schaffen“, so steht es in den Leitlinien des Hauses. Unter Anleitung kann sich hier jeder, der möchte, Fertigkeiten im jeweiligen Handwerk aneignen. „Die Jugendwerkstatt ist ein Qualifizierungsprojekt durch Arbeit für junge Leute ohne Berufsausbildung“, sagt Herdes. Startschuß für das Projekt

war 1996. Sein Ziel: Jugendliche ohne Schulabschluß zu motivieren, den Hauptschulabschluß nachzuholen oder ihnen einen regulären Ausbildungsplatz zu verschaffen. Dies alles geschieht in enger Zusammenarbeit mit dem Jugend-Ausbildungs-Zentrum (JAZ).

Auch eine Schuldnerberatung gibt es. Vornehmlich geht es um Handy-Verschuldung. Die jungen Leute nutzen ihre Handys nämlich sehr oft im wahrsten Sinne des Wortes „über Gebühr“. Hier soll ein Weg gefunden werden, von diesen Schulden runterzukommen und zukünftig vernünftiger mit dem Handy umzugehen. Text und Fotos: hk

Kontakt:

Hafestraße 34
48153 Münster
Fon: 0251 - 492 - 58 58
Fax: 0251 - 492 - 71 71
Net: www.muenster.de/stadt/jib



■ ALLES, WAS RECHT IST ■

■ Lohnwucher

Für eine Einzelperson muß der Lohn für eine Vollzeit-tätigkeit deutlich über dem Sozialhilfebedarf liegen. Zahlt eine Zeitarbeitsfirma einer ungelerten Arbeiterin 11,50 DM brutto in der Stunde oder 1.341 DM netto pro Monat, dann besteht ein auffälliges Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung. Die Zeitarbeitsfirma verhält sich sittenwidrig, indem sie die schlechte Arbeitsmarktlage für Ungelernte ausnutzt.

Arbeitsgericht Bremen, 5 Ca 5152,5198/00
vom 30.8.2000

■ Mutter-und-Kind-Gelder auch für Asylbewerber

Leistungen der Stiftung ‚Mutter und Kind‘ sind auch im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes nicht anzurechnen.

VG Düsseldorf, 13 L 607/01 vom 25.4.2001

■ Führerscheinentzug, Arbeitsverlust und Sperrzeit

Verliert ein Kraftfahrer seinen Führerschein und danach auch seinen Arbeitsplatz, weil er in der Freizeit angetrunken ein Auto gefahren hat, dann darf das Arbeitsamt keine Sperrzeit gegen ihn verhängen. Denn sein Vergehen ist zwar strafrechtlich von Bedeutung, es fand jedoch in der Freizeit statt und war keine Arbeitsvertragsverletzung.

LSG Sachsen-Anhalt, L 2 AL 22/99 vom 13.11.2000

■ Trainingsmaßnahme und Sperrzeit

Hat ein Arbeitsloser erst wenige Monate zuvor einen Meisterkurs abgeschlossen, in dem auch der berufliche Einstieg und das Formulieren von Bewerbungen ausgiebig bearbeitet wurden, dann darf er eine Trainingsmaßnahme mit dem Inhalt ‚Wege aus der Arbeitslosigkeit und Bewerbungstraining‘ ablehnen. Das Arbeitsamt darf keine Sperrzeit verhängen, denn seine Eingliederungsaussichten verbessern sich durch die Teilnahme an der Trainingsmaßnahme nicht.

LSG Hessen, L 6 AL 166/00 vom 9.8.2000

■ Erreichbarkeit am Wochenende

Arbeitslose müssen sich grundsätzlich an jedem Werktag nach Briefeingang um ihre Post kümmern, um einem eventuell eingehenden Arbeitsangebot oder einer Einladung des Arbeitsamtes umgehend nachkommen zu können. Der Samstag ist zwar auch ein Werktag, jedoch sind die Möglichkeiten sehr gering, sich vor Montag erfolgreich um einen Arbeitsplatz zu kümmern. Deshalb dürfen sich Arbeitslose am Wochenende länger von zuhause wegbewegen, nachdem sie sich um den Briefeingang vom Freitag gekümmert haben.

Bundessozialgericht, B 11 AL 71/00 R, vom 3.5.2001

Das neue Kaufrecht Teil 1

von Rechtsanwalt Paul Demel

Seit Anfang des Jahres gibt es nicht nur den Euro, sondern auch ein ‚europäisiertes‘ Schuldrecht, das vor allem beim Kaufrecht für die Verbraucher viele Verbesserungen schafft.

Werbeaussagen jetzt rechtsverbindlich

„Timex hält!“ Erinnern Sie sich noch an diese Fernsehwerbung? Das Rennpferd mit der Armbanduhr über dem linken Huf galoppiert rasend auf die Hecke des Wassergrabens zu, setzt in hohem Sprung darüber, landet am Ende des Grabens, Wasser spritzt auf, die Timex-Uhr wird völlig naß, aber sie „hält“. Das konnte mein 10-jähriger Bruder, der gerade seine erste Uhr (eine Timex) zu Weihnachten bekommen hatte, damals natürlich nicht ausprobieren. Es gab aber noch die andere Werbung, in der Papa mit einem Hammer auf die Timex schlug und: „Timex hält“. Den Papa brauchte mein Bruder Micki dafür nicht. Hammer aus der Schublade, Timex auf den Tisch, Hammer drauf: Timex hält nicht.

Beim Uhrenhändler haben wir uns damals wegen der „verlogenen“ Werbung natürlich nicht beschwert. Seit Beginn dieses Jahres könnte allerdings ein Händler bei einer entsprechenden Beschwerde zumindest etwas ins Grübeln kommen. Denn für nach dem 01.01.2002 geschlossene Kaufverträge gilt: Der Käufer kann auch dann Mängelrechte geltend machen, wenn er „nach der Werbung bestimmte Eigenschaften der Sache erwarten

kann“. (§ 434 Abs.1 BGB). Dies gilt allerdings nicht bei offenkundig „reißerischer“ Werbung.

Egal, ob das sogar auch in diesem anekdotischen Fall so wäre, jedenfalls zum Beispiel beim Kauf von Autos kann die Neuregelung schnell praktisch werden.

Etwa, wenn Ihnen die Werbung einen durchschnittlichen 6-Liter-Verbrauch auf 100 Kilometer verspricht, und tatsächlich verbraucht der neue Wagen aber 8 Liter. Dann kann sich der Verkäufer nach neuem Recht auch nicht darauf berufen, er selbst habe doch zum Benzinverbrauch überhaupt nichts gesagt und nicht einmal in dem Bedienungshandbuch, das er ausgehändigt habe, stehe dazu etwas Konkretes. Und was der Hersteller in der Werbung erkläre, gehe ihn als Verkäufer nichts an. Künftig genügt also auch die Werbeangabe des Herstellers für Ihre Mängelansprüche gegen den Händler.

Sie können dem Händler eine Frist zur Mangelbeseitigung durch Reparatur oder Neulieferung setzen. Tut er nichts, können Sie ihn auch auf Nachbesserung verklagen, den Kaufpreis kürzen oder den Vertrag rückgängig machen (§§ 437, 434 Abs.1 S.3 BGB).

■ ANWALTTIP ■

■ Von Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhlner ■

Über den feinen Unterschied zwischen einem Studenten und einem Studierenden

Auf der Suche nach einer geschlechtsneutralen Bezeichnung für Studentinnen und Studenten verfiel der Gesetzgeber in NRW auf das Wort von den ‚Studierenden‘. Das lateinische Wort meint eigentlich dasselbe wie ‚Studierender‘. Gleichwohl: ‚Student‘ heißt vielfach soviel wie: „Ich bin an der Uni eingeschrieben.“ Das Sozialgericht Münster erteilte jetzt Nachhilfeunterricht in Latein. Ergebnis: ‚Student‘ bedeutet tatsächlich ‚Studierender‘. Dies belegt die Geschichte von Volker V., Germanistikstudent im letzten Semester.

Volker V. fing schon während des Studiums an zu jobben. 1993 gab er das Studium dran, blieb aber als Student eingeschrieben und arbeitete fortan etwas weniger als 20 Stunden pro Woche. Für seinen Arbeitgeber gab es ein böses Erwachen, als es zu einer Betriebsprüfung durch die Rentenversicherung kam: Volker V. sei gar kein Student und deshalb versicherungspflichtig, und zwar in Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Für vier Jahre rückwirkend sollte sein Arbeitgeber nunmehr Beiträge nachzahlen: etwa 20.000 Euro. Auch Volker bekam es mit der Angst zu tun: Mußte er jetzt etwa die Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen?

Sein Arbeitgeber klagte gegen den Bescheid vor dem Sozialgericht in Münster. Wenig erfolgreich freilich: Student zu sein, ist nicht eine Frage der Einschreibung, sondern des tatsächlichen Studiums. Maßgebend ist, ob jemand nach seinem tatsächlichen Erscheinungsbild, insbesondere im Hinblick auf den Einsatz der Arbeitskraft, als Student anzusehen ist. Wer nur pro forma eingeschrieben ist, wendet seine Arbeitskraft nicht für das Studium, sondern

für den Beruf auf. Folge: Er ist Arbeitnehmer, nicht Student. Im Sinne der Sozialversicherung ist ‚Student‘ also nur der wirklich ‚Studierende‘. Die Immatrikulationsbescheinigung ändert daran ebensowenig wie der gelegentliche Gang in die UB oder die Mensa. Der Einwand des Arbeitgebers, er habe nicht gewußt, daß Volker nicht ordentlich studiert, blieb bei den Richtern ungehört. Denn erstens kommt es darauf nicht an, und zweitens sei das angesichts der langen Beschäftigungsdauer auch kaum glaubhaft. Demnach muß sein Arbeitgeber die Versicherungsbeiträge nachzahlen. Bei Volker kann er sich Indessen nicht schadlos halten: Dem hätte er nicht abgeführte Sozialversicherungsbeiträge nachträglich nur bei den letzten drei Abrechnungen abziehen können (§ 28 g S.2 SGB IV). Inzwischen zahlte er aber ohnehin für Volker sicherheitshalber Beiträge zur Sozialversicherung. Der Arbeitgeber kann den Abzug nur dann nachholen, wenn er ohne sein Verschulden unterblieben ist oder wenn Volker ihm gegenüber behauptet hätte, er würde noch ordentlich studieren (§ 28 g S.4 SGB IV). Das war hier aber nicht der Fall.

Angesichts der knappen Kassen der Sozialversicherungen und des großen Anteils, den Studenten - ähem: Studierende - gerade in Münster am Arbeitsmarkt haben, sollte es nicht überraschen, daß diese Betriebsprüfung nicht die letzte gewesen ist. Für Studenten in höheren Semestern dürfte es auf dem Arbeitsmarkt daher eher schwerer werden. Wenn dann noch Studiengebühren kommen, werden die Studentenzahlen sicher sinken.

Az.: S 16 RA 145/01

Im Internet unter www.lsg.nrw.de

Neue Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag
10 - 13 Uhr
14 - 18 Uhr

LILA LEEZE

Frauentahradladen
Dortmunderstr. 11, Tel. 66 57 61



Möbel-Trödel
CHANGE e.V.
Helfentätigenhilfe

Spenden und kaufen
für einen guten Zweck

- preiswerte,
gute 2. Hand-Möbel
- Haushaltsauflösungen
- Antik-Schnäppchen

Bohlweg 68a
Tel. 0251-42202

**Der neue Vorsitzende der DGB-Region
Münsterland heißt Bernhard Tenhofen**

*„Die Reichen werden
immer reicher,
die Armen immer
ärmer!“*



Der Arbeitsmarkt zeigt Kanzler Schröder die kalte Schulter: Er schließt eine Bude nach der anderen. Wo liegen angesichts einer strukturell verfestigten Arbeitslosigkeit und einer Arbeitsplatzlücke von mindestens fünfeneinhalb Millionen Stellen die Chancen und Grenzen der Tarifpolitik? Was bringt uns da das neue Job-AQTIV-Gesetz? Philosophen behaupten ja, jede Krise öffne zugleich neue Wege: Gilt das auch für die Krise der Arbeitsvermittlung? Und was hat es eigentlich mit der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf sich? Fragen über Fragen. Da traf es sich gut, daß uns unlängst der frischgebackene Vorsitzende der DGB-Region Münsterland auf der SPERRE-Couch gegenüber saß. Wir haben die Gelegenheit beim Schopfe gepackt und Bernhard Tenhofen all diese Fragen (und noch ein paar mehr ...) gestellt.

SPERRE: Wie wird man eigentlich DGB-Regionsvorsitzender?

Tenhofen: Der Job ist eine sogenannte ‚Wahlfunktion‘. Das heißt, man wird von der Delegiertenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in diese Funktion gewählt. Ich persönlich bin seit 1973 hauptamtlich beim DGB beschäftigt und war zuletzt Vorsitzender der Region Coesfeld-Borken. Im vergangenen Jahr wurden dann die Bezirke Coesfeld-Borken und Münster-Steinfurt-Warendorf zu einer Region zusammengefaßt, deren Vorsitzender ich seit dem 22. September 2001 bin.

SPERRE: Nun hatten wir ja im vergangenen Sommer erstmals seit sechs Jahren wieder eine höhere Arbeitslosigkeit als im Vorjahressommer. Haben denn in Zeiten strukturell zementierter Arbeitslosigkeit die Tarifpartner überhaupt noch irgendwelche Handlungsspielräume?

Tenhofen: Was die Tarifpolitik angeht, stehe ich voll hinter den aktuellen Forderungen der Gewerkschaften, die da lauten: 6,5 Prozent! Denn eines ist doch sonnenklar: Durch den Lohnverzicht, den die Beschäftigten in den vergangenen zehn Jahren geübt haben, ist kein einziger neuer Arbeitsplatz entstanden. Worauf es uns jetzt nach jahrelangen Reallohn-Einbußen der Arbeitnehmer ankommt, ist eine spürbare Stärkung der Binnennachfrage. Denn Beschäftigung entsteht nicht nur dadurch, daß man den Unternehmern Zuckerbrote schmiert, sondern eben auch dadurch, daß sich die Menschen deren Produkte und Dienstleistungen überhaupt leisten können. Oder andersherum: Wo keine Nachfrage ist, lohnt sich logischerweise auch keine Produktion. Und wo sich Produktion nicht mehr lohnt, da werden Menschen arbeitslos.

SPERRE: Wo liegen also die Handlungsspielräume?

Tenhofen: Da sehe ich zum einen die Möglichkeit, die kontinuierliche Qualifizierung von Beschäftigten in Tarifverträgen zu vereinbaren. In der Textilindustrie beispielsweise gibt es solche Regelungen bereits. Das ist ein ganz wichtiger Ansatzpunkt, finde ich. Denn es ist doch über alle tarifpolitischen Gräben hinweg unbestritten, daß dem Qualifikationsniveau der Beschäftigten eine Schlüsselrolle für die Entwicklung des Arbeitsmarktes zukommt. Deshalb werden wir gemeinsam mit den jeweiligen Kammern vor Ort versuchen, in den einzelnen Betrieben Stellen für Bildungsbeauftragte einzurichten. Die sollen gewährleisten, daß die Mitarbeiter entsprechend qualifiziert werden, wenn zum Beispiel organisatorische, fertigungstechnische oder produktspezifische Innovationen Platz greifen. In etlichen Unternehmen kommt das bisher leider viel zu kurz. Das bestätigen uns übrigens auch die zuständigen Kammern.

SPERRE: Und zum anderen?

Tenhofen: Zum anderen haben die Betriebsräte nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz ein Initiativrecht in puncto Weiterbildung der Beschäftigten. Das heißt, der Betriebsrat schlägt nicht nur Alarm, wenn er feststellt, daß die Mitarbeiter unterqualifiziert sind. Er kann jetzt auch konkrete Qualifizierungsmaßnahmen entwickeln

Hier kann, ja: muß der Betriebsrat eine wichtige seismographische Funktion wahrnehmen und bereits im Vorfeld einer solchen Erschütterung dafür sorgen, daß sich alle beteiligten Partner an einen Tisch setzen und gemeinsam über den Erhalt des Betriebes und damit eben auch über den der Arbeitsplätze nachdenken. Im Westmünsterland haben wir das mehrfach erfolgreich praktiziert.



und initiieren. Nicht zuletzt deshalb ist es uns so wichtig, daß sich in den Unternehmen Betriebsräte etablieren respektive verstetigen.

SPERRE: Nun laufen Opposition und Arbeitgeber ja gerade gegen das Betriebsverfassungsgesetz Sturm ...

Tenhofen: Das ist ein typischer Fall von veröffentlichter Meinung. Denn wenn man sich mal ernsthaft mit den Unternehmerverbänden unterhält, und genau das tun wir bei uns in der Region regelmäßig - zum Beispiel mit dem „AIW“, also den „Aktiven Unternehmern im Westmünsterland“, dann stellt sich heraus, daß man dort mit eben diesen Regelungen offene Türen einrennt. Die begrüßen sogar die erweiterten Mitspracherechte der Betriebsräte, auch und gerade in dieser Hinsicht. Schließlich - das muß man ja mal klipp und klar sagen dürfen - ist es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Unternehmer, ihre Leute kontinuierlich zu qualifizieren.

Und noch ein wichtiger Aspekt liegt mir in diesem Zusammenhang am Herzen: die Krisen-Früherkennung. Wenn die Banken nämlich erstmal den Geldhahn zudrehen, ist es für das Unternehmen meist schon zu spät.

SPERRE: Das sind natürlich interessante Ansätze, aber letztlich - vor allem, wenn man die gesamte Arbeitsmarktentwicklung in den Blick nimmt - eben doch nur Mosaiksteine. Was bringt uns denn in dem Zusammenhang das neue Job-AQTIV-Gesetz? Wenn man sich dessen Bestimmungen etwas genauer anschaut, drängt sich doch der Eindruck auf, daß man hier wieder mal mit großer Inbrunst an der Nachfrageseite, also an den Arbeitslosen, rundoktort. Neue Arbeitsplätze werden so kaum entstehen. Wo sehen Sie denn brachliegende Beschäftigungspotentiale auf der Angebots-, also der Arbeitgeberseite?

Tenhofen: Sie haben recht: Das Job-AQTIV-Gesetz wird uns keine neuen Stellen bringen. Trotzdem sehe ich eine ganze Menge ungenutzter Beschäftigungspotentiale. Zum einen natürlich den Abbau von Überstunden. Auch hier bei uns im Münsterland werden ja jede Menge Überstunden geleistet, während gleichzeitig tausende Arbeitslose eine Stelle suchen. Natürlich ist das erstmal nur eine reine Rechengröße. Und mir ist auch klar, daß viele Beschäftigte nur ungern auf ihre Überstundenvergütungen verzichten möchten. Doch wenn beispielsweise in einem Betrieb mit zweihundert

Beschäftigten jeder Mitarbeiter auf nur fünf Überstunden verzichtet, dann hat man doch schon ein Potential von tausend Arbeitsstunden beisammen, das sich mit neuen Mitarbeitern abdecken ließe. Auch die Job-Rotation - also die öffentlich geförderte Besetzung einer vorübergehend vakanten Stelle, deren Inhaber für eine Weiterbildung freigestellt ist, mit einem Arbeitslosen - halte ich für ein gutes Instrument des Job-

„Es ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Unternehmer, ihre Mitarbeiter zu qualifizieren!“

AQTIV-Gesetzes. Schauen Sie doch nur mal nach Dänemark, mit welchem großen Erfolg das dort praktiziert wird ...

SPERRE: ... In Münster wird dieses Modell scheinbar nicht so gut angenommen. Im vergangenen Jahr gab es hier gerade mal zwei Fälle ...

Tenhofen: ... Bisher ist das Verfahren einfach noch nicht transparent genug. Vor allem die Arbeitgeber tun sich deshalb schwer damit. Doch ich bin überzeugt: Wenn man die Job-Rotation gut verkauft, dann wird sie sich über kurz oder lang durchsetzen. Im Arbeitsamtsbezirk Coesfeld beispielsweise hatten wir letztes Jahr 37 Fälle. Und einige davon sogar mit dem erwünschten ‚Klebeffekt‘. Das heißt, die zunächst vorübergehend eingestellten Mitarbeiter wurden im Anschluß von der Firma übernommen. Und ich möchte noch einen weiteren Punkt nennen, der heutzutage außerordentlich beschäftigungsrelevant ist: die Produktinnovation. Wir werden uns im Münsterland ein Beispiel an einem sehr erfolgreichen niederländischen Modell nehmen und hier das Projekt ‚Produktinnovation‘ auflegen. Denn durch die Einführung neuer Produkte und neuer Fertigungsverfahren versprechen wir uns eine verbesserte

Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft und damit letztlich eben auch die Entstehung neuer und zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

Und last not least hat die Selbstverwaltung der Arbeitsämter durchaus Spielräume bei der Verteilung der Fördermittel. So kann sie beispielsweise die Mittel für Weiterbildung zu Lasten des ABM-Etats aufstocken. Daß man

„Ich gehe davon aus, daß die Selbstverwaltung der Arbeitsämter erhalten bleibt.“

im Job-AQTIV-Gesetz das Förderkriterium der ‚Zusätzlichkeit‘ bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgegeben hat, halte ich nämlich für sehr problematisch. Prompt tauchen die ersten Begehrlichkeiten auf, gerade seitens der Kommunen. Es kann doch nicht angehen, daß jetzt das Anlegen von Sportplätzen oder Grünanlagen - eigentlich kommunale Pflichtaufgaben - über ABM's abgewickelt wird, und zwar unter Inkaufnahme von Einbrüchen im regulären Arbeitsmarkt.

SPERRE: Noch ein kurzer Blick in die Weiterbildungs-Landschaft. In Zeitungs- und Fernsehberichten wird immer wieder nachgewiesen, daß sich um die Arbeitsämter herum ein regelrechter ‚Speckgürtel‘ von Bildungsträgern breitgemacht hat, die mit teilweise unseriösen und leider auch viel zu wenig kontrollierten Angeboten auf dem Rücken der Arbeitslosen ordentlich Kasse machen ...

Tenhofen: Zunächst muß man die Situation der Beschäftigten bei den Bildungsträgern selbst ins Auge fassen. Es kommt nämlich immer wieder vor, daß schwarze Schafe unter den Trägern auf die Ausschreibung bestimmter Maßnahmen durch das Arbeitsamt mit Dumping-Angeboten reagieren.

Da liegt natürlich der Verdacht nahe, daß sie dies bewerkstelligen, indem sie Tarifstandards unterlaufen. Wenn wir in der Selbstverwaltung so etwas mitbekommen, dann kann das nur eines zur Folge haben: daß der betreffende Bildungsträger vom Vergabeverfahren ausgeschlossen wird. Meiner Meinung nach müßte es - ähnlich wie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge - auch bei der Zuteilung von Fördermitteln an



die Bildungsträger einen Kriterienkatalog geben, der die Einhaltung von Tarifen und sozialen Standards bei den Trägern gewährleistet. Und was die Inhalte der Maßnahmen angeht, müssen natürlich Qualitätskataloge formuliert und entsprechende Standards erfüllt werden.

SPERRE: Ist das denn heute noch nicht der Fall?

Tenhofen: Die bisher festgeschriebenen Standards betreffen mehr oder weniger nur die Organisation und die Ziele der Maßnahmen, nicht aber deren Inhalte. Da müssen konkrete Kriterienkataloge her, deren Einhaltung wir als Selbstverwaltung dann auch einfordern und überwachen können.

SPERRE: ‚Selbstverwaltung‘ ist ein gutes Stichwort. Hat die denn selig geschlafen, während die Arbeitsämter munter ihre Vermittlungsstatistiken frisierten? Oder, anders gefragt: Ist die Selbstverwaltung jetzt in Gefahr?

Tenhofen: Es gibt in der Tat Forderungen, die Selbstverwaltung aufzulösen und die Bundesanstalt - die ja dann auch anders heißen soll - so zu strukturieren wie eine Kapitalgesellschaft. Sprich: mit einem dreiköpfigen Vor-

stand und einem Aufsichtsrat als Kontrollinstanz. Ich gehe davon aus, daß die Selbstverwaltung auch in Zukunft erhalten bleibt. Was allerdings aus der Drittelparität von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Öffentlicher Hand wird, steht in den Sternen. Denn das muß man festhalten: Die Öffentliche Hand ist sicherlich bei vielen Entscheidungen der Selbstverwaltung befangen. Ein Beispiel hatten wir ja eben

schon im Zusammenhang mit der Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angesprochen.

SPERRE: Hat sie denn nun geschlafen, die Selbstverwaltung?

Tenhofen: Jetzt muß ich doch mal eine Lanze für die Selbstverwaltung brechen. Wenn man sich deren im Sozialgesetzbuch klar definierten Kompetenzen anschaut, dann stellt man fest, daß sie zwar ein Budgetrecht, aber keinerlei Einfluß auf das operative Geschäft oder die Personalausstattung der Arbeitsämter hat. Da ist sie bestenfalls in einer Art Beirat-, aber leider nicht in einer Kontrollfunktion. Außerdem wird doch diese ganze Statistikgeschichte maßlos dramatisiert. An der faktischen Arbeitsmarktsituation ändert sie doch keinen Deut.

Zweifelsohne ist jedoch eine Reorganisation der Arbeitsverwaltung und eine Konzentrierung auf deren Kerngeschäft, also die Arbeitsvermittlung, dringend geboten. Die vordringlichste Aufgabe der Arbeitsämter besteht schließlich im paßgenauen Zusammenbringen von Arbeitslosen und offenen Stellen. Das umfaßt übrigens auch die berufliche Rehabilitation gesundheitlich eingeschränkter oder

schwerbehinderter Menschen. Und, nicht zu vergessen, die präventive Arbeitsmarktpolitik. Auch über eine Verschlankung der Organisation müssen wir natürlich nachdenken. Das Aufgabenspektrum der Arbeitsverwaltung muß transparent und glasklar definiert sein. Ihre innere Organisation, ihre Personalbemessung und nicht zuletzt auch das Controlling müssen zukünftig eine effiziente Aufgabenerle-

nur Sozialabbau unterjubeln wollen, nicht mittragen. Das gilt übrigens auch für die Pläne, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld drastisch zu kürzen. Falsche Rücksichtnahmen darf es auch mit Blick auf die anstehenden Wahlen nicht geben. Wir haben uns vom rot-grünen Reformprojekt viel mehr versprochen als dann tatsächlich herausgekommen ist. Die Umverteilung von unten nach oben beispiels-



„Wir haben uns vom rot-grünen Reformprojekt viel mehr versprochen als dann herausgekommen ist.“

Das Gespräch mit Bernhard Tenhofen führten Arnold Voskamp und Michael Weist. Fotos: Heiner König

digung ermöglichen. Ich bin wirklich gespannt darauf, wie das dann genau aussehen wird.

SPERRE: Der Zug fährt ja wohl mit Volldampf in Richtung ‚Privatisierung der Arbeitsvermittlung‘ ...

Tenhofen: Wir als Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß eine Privatisierung von Vermittlungsaufgaben notwendig ist. Aber eben nur unter ganz bestimmten Bedingungen. ‚Kopfprämien‘ zum Beispiel darf es nicht geben. Und es darf auch nicht sein, daß sich die privaten Agenturen die ‚Rosinen‘ unter den Arbeitslosen rauspicken und die Arbeitsämter auf den schwer Vermittelbaren ‚sitzenbleiben‘.

SPERRE: Letzte Frage: Was halten Sie von den Plänen, nach der Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe in der kommenden Legislaturperiode Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenzulegen? Läuft das nicht auf eine faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe hinaus?

Tenhofen: Hierzu hat ja Verdi-Chef Bsirske unlängst eine glasklare Position bezogen: Die Gewerkschaften werden solche Konzepte, die uns unter teilweise sehr schönen Namen doch

weise ist sogar noch forciert worden. Die Reichen sind jetzt noch reicher, die Armen noch ärmer. Was ist das denn für eine Steuerpolitik, die die großen und meist sehr profitablen Kapitalgesellschaften von der Steuer befreit und auf der anderen Seite Alleinerziehende steuerlich mit Singles gleichstellt? Also, wenn das kein Hammer ist!

SPERRE: Allerletzte Frage: Was tun die Gewerkschaften eigentlich konkret für die Arbeitslosen? Die Koordinierungsstelle für gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit in Bielefeld zum Beispiel mußte vor kurzem alle ihre Leute entlassen, weil die Finanzierung weggebrochen ist.

Tenhofen: Da müssen wir uns sicherlich an die eigene Nase fassen: Wir als Gewerkschaften tun hier noch immer viel zu wenig. Daß jetzt beispielsweise Arbeitslosenzentren in den Kreisen Borken und Coesfeld geschlossen worden sind, ist ein Unding. Da haben wir also im westlichen Münsterland die reinste Diaspora. Wir müssen zukünftig in den Regionalkonferenzen viel mehr Druck machen, daß solche Einrichtungen erhalten bleiben oder reaktiviert werden. *

SPERRE: Herr Tenhofen, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Ein Land ist am Ende.

AM HORIZONT KEIN
SILBERSTREIF!



Die Korruption im Staate ist allgegenwärtig. Soziale Unruhen und Plünderungen sind an der Tagesordnung. Das Schreckgespenst der Anarchie malt sich selbst an eben jene Wand, an die die frühere Militärjunta mindestens 30.000 Regimegegner nach kurzen Prozessen zu stellen pflegte. Regierungen sterben dahin wie Eintagsfliegen. Die Arbeitslosenquote liegt bei satten (?) 25 Prozent. Private Sparkonten werden kurzerhand gesperrt. Aus Angst vor Kapitalflucht, sagt der Präsident. Aber eigentlich sind es die Menschen selbst, die am liebsten aus Argentinien flüchten wollen. Sie können es nur nicht, weil ihnen das nötige Kleingeld dafür fehlt. Oder die nötigen Pässe. Maxima dagegen ist schon weg. Sie zog es aus den stahlharten Armen ihres Vaters, eines gutsituierten Ex-Ministers der Militärjunta, in die des rotwangigen Oranierprinzen. Ob das ein guter Tausch war, wird sich noch zeigen.

Doch das ist eine andere Geschichte ...

Der Peronist Eduardo Duhalde war bei seiner Wahl der fünfte argentinische Staatspräsident innerhalb eines Monats. Ob er es bei Erscheinen dieser SPERRE noch sein wird, steht in den Sternen über der nächtlichen Pampa. Fest steht dagegen, daß sich das südamerikanische Land in einer der schwersten politischen und wirtschaftlichen Krisen seiner Geschichte befindet. Einer Krise mit Ansagen übrigens. Arnaud Zacharie von *attac Frankreich* (die SPERRE berichtete) spürt ihren Ursachen nach und stößt dabei auf die Vileda-Diktatur (1976 bis 1983), unter deren Ägide sich die Auslandsverschuldung Argentiniens von acht auf 43 Milliarden Dollar mehr als verfünffachte, während gleichzeitig der Anteil der Löhne am Brutto-Inlandsprodukt von 43 auf 22 Prozent sank. Der argentinische Gerichtshof hat im Juli 2000 die Auslandschulden des Vileda-Regimes als verfassungswidrig eingestuft und dem Parlament nahegelegt, diese Schulden für null und nichtig zu erklären. Zacharie dröselte die Connection auf, die hinter der Misere steckt, und demaskiert den Internationalen Währungsfonds (IWF), der sich angesichts des Schuldendesasters genötigt sah, die Führung der argentinischen Finanzpolitik an sich zu ziehen (obwohl er

selbst es war, der dem Land 1976 einen umfangreichen, nicht seriös abgesicherten Kredit gewährt hatte!), den Präsidenten Vileda himself sowie den erst kürzlich zurückgetretenen Wirtschaftsminister Cavallo und - last not least - den hochrangigen IWF-Funktionär Simone, der gleichzeitig im Dienste der Vileda-Junta stand.

Diese Clique sorgte nach Zacharies Recherchen durch geschickte Transaktionen unter anderem dafür, daß dem Land gewährte Bankkredite niemals wirklich in Argentinien ankamen, sondern unter dem Deckmantel von Scheinfirmen in diverse Steuerparadiese umgeleitet und so der argentinischen Bevölkerung vorenthalten wurden. Gleichzeitig wuchs die geschätzte Steuerflucht bis 1998 auf 40 Milliarden Dollar jährlich. Auf nur 17 Prozent der hohen Einkommen wurde Einkommenssteuer abgeführt. Die radikalen Wirtschaftsreformen, mit denen die Menem-Regierung Anfang der 90er-Jahre für ein vorübergehendes Zwischenhoch im Wirtschafts- und Sozialklima gesorgt hatte, waren letztlich ebenso wie die zunächst bejubelte feste Anbindung des argentinischen Peso an den US-Dollar nichts als Strohfeuer. Bei Ausbruch der mexikanischen Finanz-

krise 1995 wurde schlagartig klar, daß der Peso total überbewertet war. Internationale Kreditgeber zogen sich zurück, die im Land agierenden ausländischen Konzerne sahen zu, daß sie ihre Gewinne schleunigst in sichere heimatische Gefilde transferierten. Die Schere zwischen staatlichen Schulden und Einnahmen öffnete sich in immer rasanerem Tempo.

Dies alles führte zu dem paradoxen Ist-Zustand, daß die Bevölkerung zwar nicht in den Genuß der für die Konsolidierung des Landes dringend benötigten Mittel kam, daß sie jetzt aber gleichwohl für den Zusammenbruch des durch die Schuldenspirale ausgebluteten Finanzsystems geradestehen soll. Und das, wo von den 36 Millionen Argentinern 14 Millionen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben und einer Studie zufolge täglich 2.000 Personen diese Grenze überschreiten. Nach unten, versteht sich. Doch die Menschen setzen sich zur Wehr. Und das ist (wirklich!) gut so. Am 19. und 20. Dezember vergangenen Jahres gingen im ganzen Land - den verhängten Ausnahmezustand und die Furcht vor den Repressionen von Polizei oder Militär mißachtend - Abertausende mit ihrem Protest auf die Straße. Sie besetzten Straßen und Plätze und feierten vor der Haustür des zurückgetretenen Wirtschaftsministers Cavallo eine Protest-Fiesta.

Nochmal zurück zu dem Teufelskreis aus Rezession, Haushaltsdefizit und Auslandsverschuldung, in dem sich das Land scheinbar heillos verfangen hat. Armut und Ungleichheit nehmen angesichts der horrenden staatlichen Schuldenlast drastisch zu, Schulbildung oder Gesundheitsversorgung zum Beispiel gibt es nur für die wenigen, die sich das noch leisten können. Und als dann wirklich nichts mehr ging, mußte die Regierung die bis dato festgeschriebene Parität des argentinischen Peso mit dem US-Dollar begraben. Das war Ende 2001. Schließlich entschied der IWF, einen Kredit in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar nicht auszu zahlen. Da war dann das sogenannte 'Argentinische Modell' - ein diffuses Patchwork aus Wirtschaftsliberalisierung, Sozialabbau und Arbeitsmarkt-Deregulierung - endgültig mautsetzt. Was folgte, waren Inflation, Massenproteste und Brotaufstände. In der Tat geht es für den Großteil der Argentinier mittlerweile ums blanke tägliche Brot.

Daß der strenge Arm des Gesetzes bei den großen Plünderern Marke Cavallo oder Simone gleich um mehrere Ellenlängen kürzer ist als bei den kleinen - den Hausfrauen

von Rosario zum Beispiel, die heute wie 1989 Supermärkte plündern, um zu überleben - verwundert nicht wirklich. Vom Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre kamen immerhin Signale der Unterstützung für den Protest des argentinischen Volkes: „Wir können unsere argentinischen Brüder nicht dazu aufrufen, ruhig zu bleiben und ihre Unzufriedenheit nicht zu zeigen, wenn doch dieses Freihandelsmodell zur sozialen Katastrophe geführt hat“, fand Hector de la Cueva von der mexikanischen Sozialallianz deutliche Worte.

Der seit Anfang des Jahres amtierende Regierungschef Eduardo Duhalde wird es schwer haben, den gestrandeten argentinischen Tanker wieder flott zu machen und - vor allem - das Vertrauen der Bevölkerung in die Seriosität der Staatsführung zurückzugewinnen. Eine besonders pfliffige Idee war es da nicht, aus Angst vor einer massiven Kapitalflucht die Abhebungen von privaten Sparkonten dra-

stisch zu beschränken. Das hat ihm unlängst auch der Oberste Gerichtshof Argentiniens bescheinigt, als er eben diese Kontensperrungen für rechtswidrige Enteignungen und damit für verfassungswidrig erklärte. Tausende Argentinier feierten dieses Urteil auf den Straßen als Sieg. Um Hungerunruhen in den verslumten Industrieregionen vorzubeugen, ließ Du-



aus: quer 1/2002

halde per Dekret den Nahrungsmittelnotstand ausrufen und 350 Millionen Dollar für die Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln bereitstellen. Ein Almosen angesichts der 141 Milliarden Dollar Auslandsschulden, die sich inzwischen auf der Soll-Seite der Staatsbilanz türmen und die der Präsident in seinem Haushaltsentwurf für 2002 am liebsten unter den Tisch gekehrt hätte.

Derweil kommentiert der frühere Staatschef Carlos Menem von einem mexikanischen Nobel-Badeort aus den hilflosen Aktionismus des (wie lange noch?) aktuellen argentinischen Kabinetts. Das findet selbst Duhalde, sonst in Sachen Korruption und Selbstbereicherung sicherlich kein Kind von Traurigkeit, unverfroren. Eine Zumutung für die notleidende Bevölkerung sei das, meint er. Und was macht die derweil? Die hilft sich selbst und holt sich auch ohne Bezahlung, was sie zum Leben so braucht. Nicht wenige allerdings sieht man geduldig und in langen Schlangen vor den Büros der ausländischen Konsulate und Visastellen warten. Wie gesagt: Die meisten wollen lieber heute als morgen weg.

mic

Arbeitsamtsdirektor Wolf-Rüdiger Schwedhelm:

„Die Statistik bildet die Vermittlungswirklichkeit nur unzureichend ab!“

Die Debatte um die geschönten Vermittlungsstatistiken der Arbeitsämter hat eine Menge Staub aufgewirbelt. Jetzt, wo der sich allmählich legt, erkennt das staunende Publikum, daß einer fehlt (Herr Jagoda!), alle anderen jedoch noch immer da sind (die Arbeitslosen!). Mehr Unternehmen denn je gehen pleite. Und selbst die, denen es gut geht, bauen Arbeitsplätze ab. Eine ‚Firma‘ allerdings stellt reichlich Leute ein: die Arbeitsverwaltung. Nicht nur zig neue Vermittler, sondern obendrein auch noch einen nigelnagelneuen Behördenchef. Jetzt soll alles besser werden. Die SPERRE wird am Ball bleiben und sprach schon mal mit dem Direktor des Arbeitsamtes Münster, Wolf-Rüdiger Schwedhelm, über all das, was in der Tat nur besser werden kann.

SPERRE: Sie sagten neulich, daß im Arbeitsamt Münster 51,2 Prozent der Mitarbeiter an der Besetzung offener Stellen mitwirken. Die offiziell bekannt gewordenen Zahlen gehen von nur 10 Prozent aus. Wie ist diese Differenz zu erklären?

Schwedhelm: Es ist eine reine Definitionssache. Nehme ich den reinen Arbeitsvermittler, komme ich im Arbeitsamt Münster nur auf etwas mehr als zehn Prozent der Beschäftigten. Die gesamte Abteilung Arbeitsvermittlung macht aber ein Viertel der rund 270 Beschäftigten aus. Im Grunde sind alle jene in der Vermittlung tätig, die im Haus als Sachbearbeiter oder Arbeitsberater darauf hinwirken, daß Arbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Über den unmittelbaren Vermittlungsbereich hinaus sind noch weitere Fachkräfte im Arbeitsamt mittelbar mit Beratung, Vermittlung und Förderung von Arbeitslosen befaßt. Hierzu zählen beispielsweise der Ärztliche und Psychologische Dienst, der Technische Beratungsdienst und der Bereich ‚Rehabilitation und Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderungen‘.

SPERRE: Wie viele Arbeitslose betreut denn ein Arbeitsvermittler im Arbeitsamt Münster? Wie groß schätzen Sie den Entlastungseffekt durch die drei hier nach dem Job-AQTIV-Gesetz neu eingestellten Vermittler ein?

Schwedhelm: Im Schnitt ist ein Arbeitsvermittler für rund 650 Arbeitslose zuständig. Berücksichtigt man allerdings auch diejenigen, die ihr Bewerberangebot abgeben, ohne arbeitslos zu sein - wie beispielsweise Stellenwechsler -, so kommt man auf eine durchschnittliche Belastung von 1.000 Personen pro Arbeitsvermittler. Das im Rahmen der Vermittlungsinitiative bereitgestellte Personal besitzt eigene, genau definierte Tätigkeitsvorgaben. Diese Vermittler sind deshalb nicht zur Entlastung der ‚Stammarbeitsvermittler‘ gedacht, sondern sie erfüllen zusätzliche Aufgaben.

SPERRE: Der Prüfbericht des Bundesrechnungshofes bezieht sich ja nicht auf das Arbeitsamt Münster. Kann man denn die Ergebnisse des Prüfberichtes hinsichtlich der Vermittlungsstatistik 1:1 auf die nicht geprüften Ämter, also beispielsweise auch das Arbeitsamt Münster übertragen? Gibt es denn keine konkreten Kriterien dafür, was eine Vermittlung ist und was nicht?

Schwedhelm: Die Feststellungen des Bundesrechnungshofes haben gezeigt, daß es sich hier um ein generelles Erfassungsproblem handelt. Denn die Vermittlungswirklichkeit ist heute viel vielfältiger als sie in der Statistik abgebildet werden konnte. Dieses grundsätzliche Problem zeigte sich natürlich auch im Arbeitsamt Münster. Daß Vermittlungsvor-

gänge nicht nachvollziehbar sind, heißt also nicht, daß keine Dienstleistungen der Arbeitsvermittlung zu einer Vermittlung geführt haben. Zur Zeit werden statistische Weisungen zentral überarbeitet und genauer gefaßt.

SPERRE: Auch, was die Angebotsseite des münsterschen Stellenmarktes angeht, wird immer wieder an uns herangetragen, daß beispielsweise im SIS-Computer als offen annoncierte Stellen in Wahrheit schon besetzt sind, teilweise auch schon seit längerer Zeit. Wie aussagefähig ist denn da die Statistik der offenen Stellen?

Schwedhelm: Ich sehe zwischen diesen beiden Fragen keine zwingende Verbindung. Ein von Arbeitgeberseite bekanntgegebenes Stellenangebot wird von der Vermittlungsfachkraft des Arbeitsamtes aufgenommen und, wenn sich der Arbeitgeber damit einverstanden erklärt, im Stellen-Informationssystem (SIS) veröffentlicht. Teilt uns der Arbeitgeber die Besetzung des Arbeitsplatzes mit, wird das Stellenangebot storniert. Gemäß diesen Vorgängen erfolgt die statistische Erfassung. Natürlich ist auch ein längeres Besetzungsverfahren nicht ausgeschlossen. Allerdings kommt es vor, daß Betriebe auf eine telefonische Bewerbung hin das Gespräch mit dem Hinweis beenden, der Arbeitsplatz sei bereits besetzt, um dem Anrufer nicht erläutern zu müssen, daß er für diese Tätigkeit nicht in Frage kommt.

SPERRE: Welche Möglichkeiten der Kontrolle solcher Statistiken - also der Vermittlung oder der offenen Stellen - hat eigentlich die Selbstverwaltung des Arbeitsamtes Münster?

Schwedhelm: Es ist vom Verfahren rechtlich nicht vorgesehen, daß Mitglieder der Selbstverwaltung an statistischen Prüfverfahren beteiligt werden.

SPERRE: Jetzt sollen ja private Vermittlungsagenturen auch ohne Erlaubnis des örtlichen Arbeitsamtes tätig werden und - ähnlich wie Makler - den Arbeitslosen Provision in Rechnung stellen, wenn eine Vermittlung erfolgreich war. Haben Sie Informationen über die Zahl der in Münster tätigen privaten Arbeitsvermittler? Sehen Sie eine Perspektive oder sogar den Königsweg im weiteren Ausbau der privaten Vermittlungsagenturen, wie es das Job-AQTIV-Gesetz vorsieht? Oder droht hier den Arbeitsämtern eine massive Beschneidung originärer Aufgaben und Kompetenzen, während doch gleichzeitig von allen Seiten gefordert wird, daß sie sich mehr als bisher auf die Vermittlung konzentrieren sollen?

Schwedhelm: Daß private Vermittlungsagenturen nach einer erfolgreichen Stellenbesetzung eine Vermittlungsprovision seitens des Staates erhalten sollen, wird zur Zeit auf der politischen Ebene diskutiert. Eine endgültige Entscheidung

darüber ist meines Wissens noch nicht gefällt worden. In der Westfalenmetropole sind bei den verschiedenen privaten Firmen rund 330 Vermittlungskräfte tätig. Mit ihnen kooperiert das Arbeitsamt Münster seit vielen Jahren erfolgreich. Berührungspunkte darf es zum Wohle der Arbeitsuchenden nicht geben, und es gibt sie auch nicht. Dies unterstreicht beispielsweise die einmal im Jahr in meinem Hause stattfindende Zeitarbeitsmesse, auf der sich die Münsteraner Zeitarbeitsfirmen von uns eigens zu dieser Veranstaltung eingeladenen Arbeitslosen präsentieren. Sie wird auch in diesem Jahr wieder die Arbeitsmarktpartner zusammenführen. Die intensive Zusammenarbeit ist also in Münster bereits gängige Praxis.

SPERRE: Kann man nicht den Erkenntnissen des Bundesrechnungshofes auch etwas Positives abgewinnen: nämlich, daß die Arbeitslosen – weit mehr als bisher in der Öffentlichkeit bekannt – ihre Sache eben selbst in die Hand nehmen und sich durchaus mit Erfolg um eine neue Stelle bemühen?

Schwedhelm: Das ist richtig. Es kann nicht oft genug deutlich gemacht werden: Die Eigeninitiative erhöht außerordentlich die Chance einer Arbeitsaufnahme. Die Verpflichtung hierzu unterschreibt der arbeitslose Leistungsbezieher bereits in seinem Antrag auf Gewährung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe.

SPERRE: Sind beim Treffen der Arbeitsamtsdirektorinnen und -direktoren mit Arbeitsminister Riester konkrete Maßnahmen beschlossen worden? Läßt sich schon absehen, welche Neuerungen sich für das Arbeitsamt Münster ergeben werden?

Schwedhelm: Noch wurden keine Maßnahmen beschlossen, die vor Ort wirksam wurden. Zu konkreten Entscheidungen soll es ja erst kommen, wenn die vom Vorstand eingesetzte Kommission „Moderne Dienstleistung am Arbeitsmarkt“ im August ihre Ergebnisse vorlegt. Die Kommission hat die Aufgabe, ein Konzept für den künftigen Aufgabenzuschnitt, die Organisationsstruktur und ein Durchführungskonzept der Bundesanstalt für Arbeit zu erarbeiten.



Foto: Weist

Der Direktor des münsterischen Arbeitsamtes, Wolf-Rüdiger Schwedhelm.

SPERRE: Auch die vom Arbeitsamt an die verschiedenen Bildungsträger vergebenen Weiterbildungs- und Trainingsmaßnahmen stehen jetzt ja auf dem Prüfstand. Immer wieder melden sich münsterische Arbeitslose bei uns – verständlicherweise wollen sie anonym bleiben – die über als sinnlos oder teilweise sogar entwürdigend empfundene Maßnahmen klagen. Auf der anderen Seite müssen viele, die gerne an einer bestimmten beruflichen Qualifizierung teilnehmen möchten, längere Wartezeiten in Kauf nehmen, weil der betreffende Kurs mangels Finanzierung nicht stattfinden kann. Welche Perspektiven sehen Sie hier in der Region Münster für ein besser zwischen Angebot und Nachfrage ausbalanciertes Maßnahmenangebot?

Schwedhelm: Die vom Arbeitsamt finanzierten Bildungsmaßnahmen orientieren sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und sind als Steuerungsinstrument für seine Gestaltung – auch nach Maßgabe des Job-AQTIV-Gesetzes – unverzichtbar. Nur hierdurch läßt sich bei vielen Arbeitslosen verlorengegangenes oder überholtes Qualifikationsterrain zurückgewinnen. Von sinnlosen oder gar entwürdigenden Maßnahmeninhalten kann nach meiner Auffassung überhaupt nicht gesprochen werden. Richtig ist sicher, daß nicht jeder Arbeitslose die Sinnhaftigkeit einer Maßnahme sofort erkennt. Gewöhnlich ändert sich die Grundeinstellung aber im Verlauf der Bildungsmaßnahme. Ich teile Ihre Auffassung, daß für den angesprochenen Bereich zu wenig Mittel vorhanden sind. Ohne den absoluten Vorrang der Arbeitsvermittlung vernachlässigen zu wollen, ist ein weiterer Mittelbedarf für zielgerichtete Weiterbildung deutlich erkennbar.

SPERRE: Herr Schwedhelm, vielen Dank für dieses Gespräch.

Das Gespräch mit Arbeitsamtsdirektor Wolf-Rüdiger Schwedhelm führte Michael Weist.

Ausländergesetze beeinflussen die Biographien von Menschen. Es sind nicht nur Flüchtlinge und MigrantInnen, die von einem bewußt kompliziert gestalteten und auf Ausgrenzung ausgelegten Ausländergesetz betroffen sind, sondern auch Frauen, die einen nichtdeutschen Partner wählen. Bis 1972 gab es für die ausländischen Ehemänner deutscher Frauen keine Aufenthaltssicherheit. Bei Frauen, die eine solche Wahl getroffen hatten, wurde davon ausgegangen, daß sie ihren Männern ins Ausland folgen. Hingegen war es den ausländischen Frauen deutscher Männer möglich, mit der Heirat sogar die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten.

Binationale Ehen in Deutschland.

Bis heute sind binationale Ehen und Partnerschaften Diskriminierungen durch Gesetze und Behörden ausgesetzt. Das Gesetz zur Familienzusammenführung, der generelle „Scheinehenverdacht“, unter dem die Eheschließungen mit außereuropäischen Partnern stehen, Arten der Aufenthaltsgenehmigung und ihre jeweilige Bedeutung für den rechtlichen Status – all dies sind staatliche Einmischungen in das Leben binationaler Paare. Sie belasten die Verbindung zusätzlich zu den Problemen, mit denen mononationale Paare ebenfalls zu kämpfen haben. Die Wahrung verfassungsmäßig garantierter Grundrechte – wie etwa die Gleichstellung vor dem Gesetz, der Schutz von Ehe und Familie – hängt davon ab, welchen Partner eine Frau wählt: Ob er Deutscher, Spanier oder Iraker ist, entscheidet über die mehr oder weniger freie Lebensgestaltung des Paares. EU-Bürger genießen Freizügigkeit. Das deutsch-spanische Paar kann mit oder ohne Trauschein in jedem europäischen Land zusammenleben. Für die Liebe zu einem irakischen Staatsbürger, also Drittstaatler (dazu noch Araber und Muslim!), ist einiges mehr an Mut und Ausdauer erforderlich, weil das gemeinsame Leben durch den gesetzlichen Rahmen stark eingeschränkt wird.

In einer Umfrage, die vom Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf. e.V., durchgeführt wurde, nannten die Befragten als schwerwiegendsten Diskriminierungsgrund, daß sie nicht selbst über Zeitpunkt und Ort der Eheschließung entscheiden konnten, sondern zur schnellen Heirat genötigt waren, weil der Partner kein Bleiberecht hatte. Um die Beziehung aufrechtzuerhalten, ist der Gang zum Standesamt – beziehungsweise die Gänge hin und her zwischen Standesamt, Ausländerbehörde und Botschaft – oft die einzige Möglichkeit. Gleichzeitig gilt die überhastete Heirat als Indiz für den Scheinehenverdacht. Standesbeamte prüfen dann, ob das Paar wirklich „aus Liebe“ oder „nur der Papiere wegen“ – also um sich ein Aufenthaltsrecht zu erschleichen – die Ehe eingehen wollen. Steuerliche Vergünstigungen sind dagegen ein gesellschaftlich anerkannter Grund für die Heirat.

Gleichzeitig hat Interkulturalität Hochkonjunktur: Schlagworte wie ‚Interkulturelle Kompetenz‘ oder ‚Bilingualität‘ gelten seit einiger Zeit als erstrebenswerte Eigenschaften und kursieren im Diskurs der Pädagogen und Sozialwissenschaftler. Für binationale Familien

Vor dem Gesetz sind doch nicht alle gleich:

von Ute Karimi,
Beraterin für binationale
Ehen und Partnerschaften
in der Schwarzen Witwe

gehört das Leben in zwei Kulturen und mit zwei Sprachen meist zum Alltag. Inzwischen haben Ethnologen die Gruppe der binationalen Paare als Forschungsgegenstand entdeckt. Schweizer Wissenschaftler interessieren sich für binationale Ehen als ‚Angelpunkt interkultureller Netzwerke‘ und ‚Motor der Integration‘. Zumeist Frauen leisten hier – wie üblich unbezahlt – Integrationsarbeit.

Die autonome Frauenforschungsstelle Schwarze Witwe unterstützt sie hierbei. Wir beraten im Falle eines Heiratswunsches in Deutschland oder im Ausland hinsichtlich ausländischer Bestimmungen in der BRD sowie auch über das Länderrecht der jeweiligen Heimatländer. Soweit möglich, informieren wir oder vermitteln an entsprechende anwaltliche Stellen oder Institutionen weiter. Bei Konflikten und Verständigungsschwierigkeiten in oder nach einer Partnerschaft, die eventuell aufgrund unterschiedlicher kultureller Sichtweisen oder sprachlicher Barrieren entstanden sind, besteht bei uns die Möglichkeit zu einem Gespräch.



Vernetzung Archiv Bibliothek Kultur

Autonome Frauenforschungsstelle
Münster e.V.

Achtermannstr. 10 - 12
48143 Münster
Tel. 0251 / 51 11 95
Fax: 0251 / 51 88 76
Net: www.muenster.org/schwarze-witwe
Mail: witwe@munster.de

SCHWARZE WITWE

Öffnungszeiten
Mo: 14 - 16 Uhr
Di: 10 - 12 Uhr
Mi: 10 - 12 Uhr, 14 - 16 Uhr
Do: 14 - 16 Uhr
Fr: 10 - 12 Uhr

Arme Socken

stellten dem Bündnis für Arbeit
das Armutszeugnis aus



Foto: privat

Kontakt:
Hermann Josef Hack
Ultimedia

Hangweg 11
D - 53757 Sankt Augustin

Tele: 49 2241 - 33 47 34
Fax: 49 2241 - 34 37 87

E-Mail: Hackhyper@aol.com
Web: www.hack-roof.de
www.hack-i.de

Im Namen von über vier Millionen offiziell erfaßten Erwerbslosen stellte der Künstler Hermann Josef Hack am 25. Januar den Teilnehmern des Bündnisses für Arbeit ein Armutszeugnis für ihre bisherigen ‚Aktivitäten‘ aus.

In Sichtweite des Reichstages und unmittelbar vor dem Bundeskanzleramt hatte Hack seinen ‚Arme-Socken-Teppich‘ aus den Strümpfen tausender Erwerbsloser quer über die Zufahrt zum Kanzleramt ausgebreitet. Hack ließ schon am 27. September 1998 den damaligen Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder in Hannover auf dem ‚Arme-Socken-Teppich‘ zur Bundestagswahl schreiten. Damals versprach Schröder dem Künstler medienwirksam unter den Mikrofonen und Kameras in die Hand, „daß es in den nächsten vier Jahren vor allem um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehen wird“. Hack nahm den Kanzler wenige Monate später in die Pflicht, als er beim ersten Bündnis für Arbeit seinen Socken-teppich vor dem Bundeskanzleramt ausrollte, um gemeinsam mit Erwerbslosen darauf hinzuweisen, daß die eigentlichen Hauptpersonen, nämlich die Betroffenen, am Bündnistisch nicht vertreten sind. Ein Maßnahmenkatalog, den er mit Erwerbslosen aufgestellt hatte, wurde dem Bundeskanzler überreicht. Aber die Appelle der Ausgegrenzten wurden nicht gehört. Stattdessen saßen wieder die ‚Täter‘ beim Kanzler am Tisch, die ‚Opfer‘ mußten leider draußenbleiben.

Hack ließ sich nicht entmutigen und war bei allen weiteren Spitzengesprächen des Bündnisses für Arbeit mit dem ‚Arme-Socken-Teppich‘ vor dem Kanzleramt. Mittlerweile erhielt der Künstler, der sich auch mit Internetprojekten wie dem virtuellen Hochhaus des Volkes über dem Reichstag (www.metropolis.de/tower-of-power) einen Namen gemacht hat, aus ganz Deutschland Abertausende von Socken als Symbol für die vielen Einzelschicksale, welche unter der Massenarbeitslosigkeit leiden. Zahlreiche Erwerbsloseninitiativen waren 1998 seinem Aufruf gefolgt und hatten ihm Briefe mit Socken geschickt. So war es nicht vermessend, wenn Hack beim letzten Spitzengespräch den hochrangigen Vertretern der Spitzenorganisationen im Namen der Betroffenen das Armutszeugnis ausstellte und es ihnen bei der Einfahrt zur Bündnisrunde überreichte. Auch wenn

die meisten diese zweifelhafte Auszeichnung für ihr Versagen nicht gerne annehmen wollten, erhielten immerhin die Betroffenen, also die Arbeitslosen, über die Medien die Gelegenheit, in den Mittelpunkt zu rücken. Dort gehören sie hin und nicht zwei Tarifstreikführer oder ein Kanzler, der sich nicht traut, für die Erwerbslosen „auf den Tisch zu hauen“.

„Millionen Erwerbslose können die Verhöhnung nicht mehr ertragen“, so Hack in Berlin zu den Journalisten vor dem Kanzleramt, „wenn das mittlerweile zur Show verkommenene Bündnis jetzt im Hinblick auf die anstehenden Wahlen in blinden Aktionismus verfällt. Die ‚Armen Socken‘ haben es satt, daß auf ihnen rumgetrampelt wird. Unsere Forderung war seit Beginn des Bündnisses, die Betroffenen mit an den Tisch zu holen, dann wäre ein anderes Tempo vorgelegt worden. Erst jetzt, wo den Bundeskanzler die erdrückende Realität vor der Wahl einholt, kommt das Mikado-Spiel langsam in Gang, leider zu spät. Wer nicht mit, sondern nur über die Betroffenen redet, der darf sich nicht wundern, wenn diese ihm jetzt die Quittung ausstellen.“ Hack befürchtet zudem, daß die enttäuschten und durch die Faulenzer-Kampagne des Kanzlers provozierten Erwerbslosen anfällig für radikale Rattenfänger sind. Auch wenn er fast der einzige Künstler weit und breit ist, der sich für die Belange der Erwerbslosen öffentlich einsetzt, hofft er, daß noch viele die Gestaltung der Arbeit von morgen als Herausforderung für alle, insbesondere für die Kultur, verstehen. So wird Hack im Sommer zur *Documenta 11* in Kassel ein Projekt mit Bildern im Stadtbild durchführen – Titel: *New Work Order* – wo es darum gehen wird, daß Erwerbslose als Experten den Besuchern erklären, welche Anforderungen sie an die Erwerbsarbeit von morgen stellen oder wie ihr persönlicher Alltag aussieht.

„Die Themen ‚Neue Arbeit‘ und der Umgang mit der Arbeitslosigkeit in einer Zeit, in der immer weniger Menschen benötigt werden, um das Bruttosozialprodukt zu erwirtschaften, werden uns noch sehr lange begleiten. Daher sollte keiner glauben, dies gehe ihn oder sie nichts an. Wir alle stehen am Anfang einer langen Reise, die wir nur gemeinsam zurücklegen können“, meint Hack.

18. März

Internationaler Tag der politischen Gefangenen

Demonstration für die Freiheit

aller politischen Gefangenen!

Auftakt: 17 Uhr, Dominikanerkirchplatz
anschli.: Marsch zum Türkischen Konsulat.

Veranstaltung

mit Informationen zur Situation
der politischen Gefangenen in der Türkei
und weltweit.

19.30 Uhr, *Die Brücke*, Wilmergasse 2

Veranstalter: Freie ArbeiterInnen Union, Gruppe B.A.S.T.A.
Verein für politische Flüchtlinge



Sozialberatungen im cuba

Achtermannstr. 10-12
48143 Münster

Arbeitslosenberatung

Offene Beratung ohne Voranmeldung Mo. u. Do. 15.00-17.00 Uhr
Di. u. Do. 09.00-12.00 Uhr
u. nach Vereinbarung

Tel. 51 19 29

sic - Sozialhilfeberatung im cuba

Di. bis Fr. 09.00-12.00 Uhr
Do. 15.00-17.00 Uhr

Tel. 5 88 56

Beratung für Schwangere und
Alleinerziehende

Do. 9.00-12.00 Uhr
u. nach Vereinbarung

Tel. 5 88 56

Sozialhilfesorgentelefon

Mo. 15.00-17.00 Uhr

Tel. 4 35 44

Glaube kann Berge versetzen...
das Theater manchmal auch.

Lassen Sie sich überzeugen!
Musiktheater, Schauspiel, Tanztheater,
Kinder- und Jugendtheater und Konzert -
an den Städtischen Bühnen Münster
können Sie wahre Wunder erleben!

Städtische Bühnen Münster
Neubrückerstraße 55, 48143 Münster
Kasse 0251/41467100
www.theater-muenster.org



Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger erhalten
eine 50%ige Ermäßigung auf den Tageskartpreis.

STADT MÜNSTER

Presse- und Informationsamt

Tausend Fragen - zwei Adressen

Bürgerberatung im Stadthaus I

Wir sagen Ihnen, wo's langgeht

Wo finde ich was? Welche Stelle ist zuständig?
Ansprechpartner? Öffnungszeiten?

Schwarz auf weiß zum Mitnehmen

Broschüren, Infoblätter, Programme,
Veranstaltungskalender, Formulare,
Stadtpläne

Wir sind für Sie da

Mo - Fr 9.30 - 18.00 Uhr; Sa 9.30 - 13.00 Uhr
Telefon 492-1313

Stadt-Infos im publicom

www.muenster.de/stadt

Diese Internet-Adresse führt zu Informationen und
Dienstleistungen der Stadtverwaltung

Zum Beispiel:

www.muenster.de/stadt/vhs

Komplettes Jahresprogramm der Volkshochschule,
Kurse und andere Veranstaltungen suchen und
online buchen, Termine, VHS aktuell

www.muenster.de/stadt/wohngeld

Neues Wohngeld-Gesetz mit Formularen zum
Download

www.muenster.de/stadtbuecherei

mit Online-Katalog, Vormerkung, Verlängern und
Zugriff auf über 300.000 Medien

www.muenster.de/stadt/archiv

Adresse für Leute mit Interesse an Stadtgeschichte,
mit 2 Online-Ausstellungen

www.muenster.de/stadt/formulare

Vordrucke zum Download, teilweise zum online
ausfüllen

GRÜNDERWERKSTATT

Ideen schmieden - Pläne zuschneiden - das eigene Unternehmen aufbauen.

Jeden Mittwoch, 16.30 Uhr bis 18.00 Uhr, im phönix - Gründungsnetzwerk,

Hafenweg 15, Münster

Info-Telefon: 0251/ 60 95 90